



Landeshauptstadt
München
Stadtkämmerei

Haushaltsreden 2009

des Oberbürgermeisters
Christian Ude

des Stadtkämmerers
Dr. Ernst Wolowicz

des Korreferenten
der Stadtkämmerei
Stadtrat
Prof. Dr. Jörg Hoffmann

des Personalreferenten
Dr. Thomas Böhle

des Korreferenten des
Personal- und
Organisationsreferates
Stadtrat
Christian Amlong

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis und Impressum	2
Rede des Oberbürgermeisters Christian Ude	3 - 10
Rede des Stadtkämmerers Dr. Ernst Wolowicz	11 - 22
Rede des Korreferenten der Stadtkämmerei Stadtrat Prof. Dr. Jörg Hoffmann	23 - 28
Rede des Personal- und Organisationsreferenten Dr. Thomas Böhle	29 - 46
Rede des Korreferenten des Personal- und Organisationsreferates Stadtrat Christian Amlong	47 - 50
Graphische Übersicht	51 - 53

Impressum

Herausgeber: Stadtkämmerei der
Landeshauptstadt München
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Druck: Direktorium, Stadtkanzlei



Oberbürgermeister Christian Ude

Münchner Haushalt vor einer Zeitenwende

Haushaltsrede in der Vollversammlung des Stadtrats am 8. Oktober 2008

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die letzten Haushaltsjahre waren gekennzeichnet von zunehmender Wirtschaftskraft und Stabilität. So konnte ich die Rede zur Einbringung des städtischen Haushalts 2008 unter das Motto stellen: „**Großes Vermögen, hohe Investitionen, sinkende Schulden**“. Dieser hohe Anspruch konnte auch mit Zahlen und Fakten unterlegt werden: Nach der Eröffnungsbilanz beträgt das städtische Vermögen, selbst wenn man die Beteiligungsunternehmen der Stadt nur mit ihrem Stammkapital und nicht dem viel höheren Verkehrswert berücksichtigt, über 19 Milliarden €. Die Investitionen, die in meiner nunmehr 15jährigen Amtszeit in Münchens Zukunftschancen getätigt wurden, belaufen sich auf fast 13 Milliarden €. Und die Schulden werden erfolgreich zurückgeführt, allein in den 3 Jahren 2006 mit 2008 um mehr als 800 Millionen €. Dies alles rechtfertigte im vergangenen Jahr das selbstbewusste Motto der Haushaltsrede.

Auch heuer braucht das Selbstbewusstsein keinen Schaden zu nehmen, aber die Verhältnisse ändern sich doch gravierend. Ich möchte sogar von einer Haushaltspolitik vor einer Zeitenwende sprechen.

Umbruch im Freistaat

Damit meine ich nicht nur den gegenwärtigen Umbruch, den wir im Freistaat Bayern erleben, von einer jahrzehntelangen übermächtigen Einparteienherrschaft hin zu einer Koalitionsregierung mit stolperndem Seniorpartner und unerfahrenem Juniorpartner, so dankbar dieses Thema auch wäre. Wie sich der radikale Wandel der politischen Verhältnisse Bayerns auf die Haushaltslage Münchens auswirkt, lässt sich noch nicht sagen. Nur zwei Anmerkungen will ich zur bayerischen Landespolitik machen, weil sie in engstem Zusammenhang mit unserem heutigen Thema stehen:

1. Ich bin aus Äußerste gespannt, ob es CSU und FDP in der bayerischen Haushaltspolitik gelingt, gleichzeitig Einnahmen zu senken und die Ausgaben zu steigern und auf diese Weise die Schulden schneller abzutragen, wie es Jahr für Jahr der Münchner Stadtpolitik von CSU und FDP abverlangt wird. Die FDP hat versprochen, die Steuern zu senken und die Ausgaben für Kinderbetreuung und Bildung deutlich zu erhöhen und künftigen Generationen keine Schulden aufzubürden. Man wird sehen, welche Taten diesen Worten folgen. Vermutlich dauern Wunder etwas länger.
2. Zu den erfreulichsten Ankündigungen der FDP zur Finanzpolitik des Freistaates gehört die Aussage, dass den Schulstädten Bayerns endlich die Kosten des Lehrpersonals angemessen erstattet werden müssen, weil sie mit dem kommunalen Schulwesen eine

ureigenste Verfassungsaufgabe des Freistaates erfüllen helfen und dafür ebenso wie die Privatschulen 90 Prozent der Lehrpersonalkosten ersetzt bekommen müssen. Dieses Lied habe ich beinahe in jeder meiner bislang 16 Haushaltsreden gesungen. Ich werde nicht anstehen, der bayerischen Koalitionsregierung Beifall zu spenden, wenn sich die FDP tatsächlich als Anwalt der Schulstädte erweist, schließlich geht es bei den Lehrpersonalkosten um rund 170 Millionen € und bei der angemessenen Kostenerstattung immer noch um einen bedeutenden dreistelligen Millionenbetrag.

Mit dem Begriff der Zeitenwende meine ich aber nicht nur die bayerische Landespolitik, sondern zwei für den städtischen Haushalt noch bedeutsamere Vorgänge: Erstens die Umstellung des städtischen Haushaltswesens nach weit mehr als einem Jahrhundert von der althergebrachten Kameralistik auf den doppischen Haushalt und zweitens die internationale Finanzmarktkrise mit ihren unabsehbaren Auswirkungen auf Münchner Finanzunternehmen, auf die Münchner Wirtschaft insgesamt und die Einnahmensituation sowie die sozialen Aufgabenstellungen im Zeichen dieser gigantischen Krise, deren wahres Ausmaß uns nur schrittweise verraten wird und wahrscheinlich immer noch nicht bekannt ist.

Einführung des doppischen Haushalts

Dass wir nach mehr als einem Jahrhundert der Kameralistik ein kaufmännisches Rechnungswesen bei der Stadt München einführen wollen, wurde schon wenige Monate nach meinem Amtsantritt am 2. März 1994 von der Vollversammlung des Stadtrats beschlossen, im Juli 1996 stimmten Sie dann der detailliert dargelegten Einführung des neuen kommunalen Rechnungswesens (NKRw) zu. Bis zum Juli 2006 erfolgte die Umsetzung des NKRw in allen Referaten, im November 2006 beschlossen Sie, dass die Stadtkämmerei den produktorientierten Haushalt einführen und bereits den Haushalt 2009 auf doppischer Basis erstellen soll. Diese Reform war eine gewaltige Belastung nicht nur für die Kämmerei und das Personal- und Organisationsreferat, sondern für alle Referate. Ausdrücklich möchte ich mich bei allen bedanken, die mit großem Arbeitseinsatz über lange Zeiträume an diesem Reformwerk, das man tatsächlich als Jahrhundertreform bezeichnen kann, mitgewirkt haben.

Das sagt sich so leicht: Die Kommunen sollen endlich die doppische Buchführung einführen, wie es in der Freien Wirtschaft üblich und in jeder Kapitalgesellschaft sogar gesetzlich vorgeschrieben ist. In der Praxis bedeutet eine derartige Umstellung aber einen gewaltigen Aufwand und einen bedeutsamen Kulturwandel. Während wir bis zum laufenden Haushaltsjahr 2008 nach den Regeln der Kameralistik nur die Einnahmen und die Ausgaben des laufenden Jahres gegenüber gestellt haben, werden wir künftig erstmalig auch den Ressourcen-Verbrauch transparent machen und so uns selber, aber auch der gesamten Öffentlichkeit die wahren Gesamtkosten aller städtischen Einrichtungen und Leistungen und Initiativen mitteilen. Der Ressourcen-Verbrauch wird künftig zu Buche schlagen. Das bedeutet aber auch, dass künftig Abschreibungen erwirtschaftet werden müssen, während bislang städtische Investitionen nach ihrer Bezahlung überhaupt nicht mehr im städtischen Haushalt auftauchten.

Ich weise mit allem Nachdruck darauf hin: Aus diesem Grunde sind der Haushalt 2009 und alle folgenden Haushalte nicht mit den bisher gewohnten Haushalten zu vergleichen. Weil der Ressourcen-Verbrauch künftig zu Buche schlägt, werden wir mit einem Blick feststellen können, ob und inwieweit die Stadt ihr Vermögen vermehrt oder von der Substanz lebt. Dies

war bisher nicht der Fall. Bisher galt die Regel: Wenn die Einnahmen die Ausgaben decken, gilt der Haushalt als ausgeglichen, vollkommen unabhängig davon, ob die Immobilien- und andere Vermögenswerte der Stadt veralten und abgenutzt werden oder verstärkte Reparaturbedarf aufweisen oder demnächst ersetzt werden müssen.

Während die „Außenwelt“ die Einführung der kaufmännischen Buchführung für überfällig hält, fragen viele bewährte Schlachtrösser der Kameralistik, was der Wechsel außer beachtlicher Mehrarbeit bringt. Ich habe dazu im Grundsatzbeschluss vom 2. März 1994 ausgeführt:

„Die Kameralistik gibt lediglich Aufschluss über den ordnungsgemäßen Vollzug des Haushaltsplans, ergibt aber – anders als die doppische Buchführung – keine nachträgliche Rechenschaft über die wirtschaftlichen Ergebnisse getroffener Entscheidungen oder Maßnahmen und gewährleistet deshalb auch keine Wirtschaftlichkeitssteuerung. Dagegen bietet die Doppik folgende Vorteile:

- Finanzierungsfälle werden lückenlos erfasst sowie informativ und führungsgerecht struktuiert. Dementsprechend werden die Grundlagen für Verwaltungsentscheidungen verbessert.
- Rechenschaft über die wirtschaftlichen Ergebnisse getroffener Entscheidungen und Maßnahmen.
- Förderung des Kostendenkens.
- Harmonisierte Deckungsgrundsätze (z.B. Aktivierung und Abschreibung der Investitionen).
- Vergleichbarkeit mit der Freien Wirtschaft und kommunalen Betrieben.“

Ich halte alle Argumente, die uns 1994 bewogen haben, uns auf den mühsamen Reformweg zu begeben, unverändert für richtig. Ich füge aber einen Gesichtspunkt hinzu: Führungsinformationen nützen nur, wenn von ihnen auch Gebrauch gemacht wird. Noch deutlicher: Einblicke in die wahren Kosten führen nur dann zu größerer Wirtschaftlichkeit, wenn der Stadtrat auch tatsächlich wirtschaftlich handeln möchte. Wenn hingegen beliebte Steckenpferde völlig unabhängig von ihren Kosten geritten werden sollen, führt auch die größte Transparenz noch nicht zu Sparsamkeit. Nochmals mit anderen Worten: Der Haushalt liefert nur die Entscheidungshilfen für größere Wirtschaftlichkeit. Wirtschaftlich handeln müssen wir selber. Und je mehr wir es tun, desto mehr Widerstand werden wir spüren – von den betroffenen Stadtvierteln oder Bevölkerungsgruppen, von den betroffenen Institutionen und ihrem Personal. Darüber sollten wir uns bei aller Freude über die Realisierung des modernen Haushaltswesens mit seiner besseren Kostentransparenz keine Illusionen machen.

Die Weltfinanzkrise

Vor allem aber ist dieser Haushalt im Licht oder besser gesagt im Schatten einer Zeitenwende zu sehen: Im Schatten der weltweiten Finanzkrise, die bereits Investment- und Immobilienbanken und sogar Versicherungen hinweg gerafft hat, größte Bankhäuser in ihren

Grundfesten erschütterte und Aktienkurse purzeln ließ wie noch nie. Bankvorstände, die sich ihre angebliche Könnerschaft und Seriosität mit Millionen-Gehältern vergolden lassen, stoßen die Gesamtheit der Steuerzahler mit brutaler Dreistigkeit vor den Kopf, indem sie ihren Hilfebedarf binnen weniger Tage um zweistellige Milliardenbeträge in die Höhe schrauben. Mir stößt in diesem Zusammenhang besonders übel auf, dass die selben überbezahlten Bankvorstände und Verbandsfunktionäre, die jetzt vor dem totalen Scherbenhaufen ihrer Deregulierungsparolen stehen, noch vor kurzem in Talkshows allwöchentlich verkünden ließen, der Staat dürfe nur den wirklich Bedürftigen helfen, deren persönliche Bedürftigkeit und Notlage strengstens zu prüfen sei. Während diese Appelle für die unteren Einkommensschichten tatsächlich Gesetzesform annahmen, kann man in unserer Gesellschaft offensichtlich gleichzeitig Millionen behalten und Milliarden vom Steuerzahler fordern, damit die eigene Misswirtschaft sich nicht noch verheerender auswirkt.

Wie wird sich die Weltwirtschaftskrise auf München auswirken? Um ehrlich zu sein: Ich weiß es nicht. Ich habe nur eine präzise Vorstellung davon, dass wir nicht ungeschoren davon kommen werden, weil die in den U.S.A. und andernorts losgetretenen Lawinen zumindest teilweise auch uns treffen werden, manchmal durchaus verschuldet, manchmal vollkommen unverschuldet. Wenn beispielsweise Landesbanken, die nach dem Wegfall von Gewährträgerhaftung und Anstaltslast verzweifelt nach neuen Geschäftsmodellen suchen mussten, auswärtige Finanzabenteuer eingegangen sind mit strukturierten Finanzprodukten, die sie offensichtlich selber nicht verstanden haben, ist eine Mitverantwortung für das Herüberschwappen der Krise nicht zu leugnen. Das Gleiche gilt in viel größerem Umfang für private Geschäftsbanken. Aber nicht nur Unternehmen des Finanzsektors werden betroffen sein, sondern auch investitionswillige Unternehmen, denen die Finanzierungsquellen versiegen, die Investitionsgüterindustrie, der die Aufträge ausgehen werden und exportorientierte Unternehmen, denen Teilmärkte wegbrechen. Und dann trifft es über Kürzungen der Gewerbesteuer natürlich auch die Landeshauptstadt, die es auf der anderen Seite aber wahrscheinlich mit steigenden Soziallasten zu tun bekommt.

Mein Thema ist der Münchner Haushalt, nicht die Bewältigung der internationalen Finanzkrise. Trotzdem kann ich mir eine Bemerkung nicht verkneifen: Wer jetzt noch einmal den Versuch unternimmt, den Staat als Störfaktor des Wirtschaftslebens darzustellen, seine Verdrängung vom Markt zu fordern und der Entfesselung der Marktkräfte das Wort zu reden, Deregulierung als Allheilmittel zu preisen und die Börsengesetze als oberste Richtschnur der menschlichen Gesellschaft zu vergöttern, sollte einfach durch homerisches Gelächter weggefegt werden. Ich wünsche mir für alle geistigen Väter der weltweiten Krise, nicht nur für Bankenvorstände, sondern auch für andere marktradikale Wirtschaftskapitäne und ihre neoliberalen Hofsänger an Hochschulen und Gerichten sowie in Wirtschaftsredaktionen, ein fernsehauftretsfreies Jahr! Das ist doch das Mindeste, was ihnen ihr eigenes Schamgefühl abverlangen sollte.

Münchner Zahlen

Kann im Angesicht einer solchen Krise ein verlässliches Zahlenwerk für kommende Jahre vorgelegt werden? Meine Antwort: Es kann nicht, aber es muss vorgelegt werden. Niemand zweifelt mehr als der Stadtkämmerer selbst an der Verlässlichkeit der Prognosezahlen, aber wir sind nun einmal gesetzlich gehalten, Zahlenwerke für die Zukunft vorzulegen, obwohl wir selber wissen, auf welchem schwankendem Boden wir uns bewegen. Die große Koalition in

Berlin und die kleine Koalition im Freistaat hat auch keine verlässlicheren Grundlagen, was die Zukunft betrifft. Unter diesem Vorbehalt, der größer nicht sein könnte, möchte ich einige Zahlen in den Blickpunkt rücken:

1. **Schuldenabbau**

Die Stadt München baut in diesem Jahr 305 Millionen € Schulden ab, sie hat sich fürs kommende Jahr eine Nettoentschuldung von einer Viertelmilliarde € vorgenommen und wird im Fünf-Jahreszeitraum bei stabiler Entwicklung auf gegenwärtigem Niveau 1,3 Milliarden abbauen. Im August diesen Jahres, also erst vor wenigen Wochen, wurde ein wichtiges Etappenziel erreicht: Die Pro-Kopf-Verschuldung ist unter 2.000 € gesunken. Auf diesem Weg müssen wir weiter voranschreiten. Dies gelingt uns nur, weil wir alle populistischen Begehren, die Gewerbesteuer oder neuerdings auch die Grundsteuer zu senken, konsequent zurückgewiesen haben. Wir tun nach der Wahl in der Finanzpolitik nichts anderes, als wir vor der Wahl in Aussicht gestellt haben: Wir erhalten die Finanzkraft, bleiben Deutscher Meister bei Investitionen und bauen kraftvoll Schulden ab; von Steuergeschenken war nie die Rede. Besonders stolz können wir darauf sein, dass anders als anderswo, etwa in Dresden oder Düsseldorf, der Schuldenabbau nicht mit einer Veräußerung des Tafelsilbers finanziert wird, sondern aus aktueller Finanzkraft.

2. **München bleibt bei Investitionen Spitze**

Im laufenden Haushaltsjahr belaufen sich die städtischen Investitionen auf 562 Millionen €, fürs kommende Jahr sind 491 Millionen bereits fest geplant, über 100 Millionen werden noch hinzu kommen; diese zusätzliche Summe ist aber noch nicht veranschlagungsfähig. Für den Fünf-Jahreszeitraum bis 2012 sind 3,125 Milliarden vorgesehen. Damit stellt München seine Zukunftsfähigkeit unter Beweis. Außerdem kann sich die örtliche Wirtschaft auf öffentliche Aufträge verlassen.

Ein Viertel davon, nämlich 800 Millionen €, sollen in die Kinderbetreuung und das Schulwesen fließen,

657 Millionen in den Straßen- und Brückenbau,

463 Millionen € in den Wohnungsbau und

198 Millionen in die Kultur; dabei schlägt allein das Lenbachhaus mit über 56 Millionen und das Deutsche Theater sogar mit 96 Millionen zu Buche.

Für den U-Bahnbau sind über 120 Millionen € geplant, München bleibt auf U-Bahnkurs.

3. **München bleibt stark**

Wie bereits gesagt, kann München die Schulden abbauen und die größten kommunalen Investitionen Deutschlands tätigen, ohne sich von kommunalen Werken und Wohnungen zu trennen, wie es andere Städte getan haben. So sind wir unverändert 100 %iger Eigentümer der Stadtwerke, die von allen großstädtischen

Grundversorgern in Deutschland die günstigsten Preise für Strom, Gas und Wasser eines Durchschnittshaushalts bieten, zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs beitragen, durch Konzessionszahlungen und Gewinnabführungen den städtischen Schuldenabbau ermöglichen und überdies in der Lage sind, eine Milliarde in erneuerbare Energien zu investieren und damit bedeutsame ökologische Zielsetzungen zu erreichen. Ohne jedes Bewertungsgutachten wage ich auch die Aussage, dass 50.000 Wohnungen in München mehr wert sind als in Dresden, wo ein solcher Wohnungsbestand für eine Milliarde versilbert wurde. Wir dürfen also getrost davon ausgehen, dass nicht nur die Stadtwerke, sondern auch der städtische Wohnungsbesitz einen Milliardenwert darstellt. Institute, die angeblich so viel von der Marktwirtschaft verstehen, dass sie dieses anspruchsvolle Wort sogar im Titel führen, mögen bei künftigen Städtevergleichen die Vermögenswerte bitte nicht unberücksichtigt lassen. Ein derartiger Anfängerfehler würde weniger dem Ansehen der Stadt München als vielmehr dem Ansehen der Professoren auf dem Stiftungsbriefkopf schaden.

Für unser Bekenntnis zu öffentlichen Unternehmen haben wir übrigens pünktlich zum 20. Todestag von Franz Josef Strauß ein Kompliment erhalten, das man erst einmal verkraften muss. Es stammt aus dem Buch „Mein Vater“ von Franz Georg Strauß und lautet wörtlich:

„Mein Vater war stolz darauf, dass er als bayerischer Ministerpräsident über die Staatsbeteiligung an Unternehmen Politik machen konnte. Ironie der Geschichte ist, dass die Industriepolitik des Münchner SPD-Oberbürgermeisters Christian Ude im Grunde eine Strauß-Industriepolitik ist. So hat Ude die Energie, die Stadtwerke und das Geld, die Stadtparkasse, behalten. Im Gegensatz zu den Nachfolgern im Amt des bayerischen Ministerpräsidenten liegt der rote Rathauschef klar auf der Linie Strauß. Nach 1988 verkaufte der Freistaat Bayern sein reich vergoldetes Tafelsilber ohne Not und aus heutiger Sicht weit unter Preis. So wurde die Beteiligung an der HypoVereinsbank fast schon verschenkt.“

Vielleicht gibt dieses Lob aus dem engsten Familienkreis doch auch der CSU im Hause zu denken. Ich habe manchmal den Eindruck, dass es nur ihr schlechtes Parteigewissen ist, dass sie gelegentlich zu völlig ungerechter und unangebrachter Kritik an den Münchner Stadtwerken verleitet – Sie wollen halt davon ablenken, dass Ihre Partei die Bayernwerke, einstmals eines der größten und stolzesten Energieunternehmen der Republik, verscherbelt hat, so dass alle Gewinne jetzt in private Taschen fließen und der Freistaat in der Energiewirtschaft nichts mehr zu sagen hat.

Dank an Kämmerei und Belegschaft, Bitte an den Stadtrat

Wie jedes Jahr schließe ich mit einem Dank an die Kämmerei, die in diesem Jahr freilich eine besondere und sogar mehrjährige Herkulesarbeit hinter sich hat, einem Dank an alle Kolleginnen und Kollegen, die in den verschiedenen Referaten mit der Haushaltsaufstellung befasst waren und einer Bitte an den Stadtrat, die diesmal freilich besonders aktuell ist: Gerade wenn Sie die Hinweise auf die noch zu erwartenden Auswirkungen der Weltfinanzkrise

auf München nicht auf die leichte Schulter nehmen, sondern als ernsthafte Bedrohung empfinden, sollten Sie bei allen haushaltsrelevanten Entscheidungen bedenken: Wahrscheinlich müssen Sie alle Wohltaten, die Sie gleichwohl austeilen, alsbald wieder einsammeln – und dies ist nicht nur für die Betroffenen, sondern auch für die politischen Entscheidungsträger allemal schmerzhafter als wenn man unter Hinweis auf eine allgegenwärtige Krise gar nicht erst in Spendierhosen auftritt.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.



Dr. Ernst Wolowicz
Stadtkämmerer

8. Oktober 2008

Münchens Haushalt 2009

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München am 8. Oktober 2008

Sehr geehrte Damen und Herren,

Kurt Tucholsky schrieb einmal: „Der Mensch hat neben dem Trieb zur Fortpflanzung und dem zu Essen und zu Trinken zwei Eigenschaften: Krach zu machen und nicht zuzuhören.“ Da ich nach 23-jähriger Teilnahme an Stadtrats-Vollversammlungen weiß, dass dieses Zitat im zweiten Teil der Aussage für dieses Gremium nicht einschlägig ist, bin ich zuversichtlich, dass Sie meinen Ausführungen konzentriert zuhören werden.

Aus gegebenem Anlass: Moloch Staat oder Der Staat, Retter in der Not?

Bis vor kurzem hätte der Satz: „Ein Gespenst geht um in Deutschland, der Staat“ fast überall in den Eliten unseres Landes große Zustimmung gefunden. Der Staat war in großen Kreisen dieser Meinungsführer, wie Meinungsumfragen zeigen, allerdings nicht bei der Mehrheit der Bevölkerung, zeitgeist-mäßig einfach „out“.

Jetzt, wenn er Folgen des Marktversagens und in diesem Fall auch des Staatsversagens (Deregulierung der Finanzmärkte) durch Rettung von Banken - im Eintreten des Risikofalls auf Kosten der Steuerzahler - lindern soll, wird der Staat ja dann etwas positiver bewertet. Er wird hier in der Sprache des Finanzmarktes als „Lender of last resort“ tätig, das heißt übersetzt als „Kreditgeber bzw. Kreditbürge der letzten Zuflucht“, oder zu gut deutsch: Finanzspekulanten können sich immer darauf verlassen, dass kein Staat der Welt um keinen Preis der Welt einen Zusammenbruch des nationalen Bank-Systems zulassen kann. Ob allerdings Nationalstaaten jeweils ihr nationales Bankensystem allein retten können, ist angesichts der internationalen Verflechtung der Finanzmärkte sehr zweifelhaft.

Der damalige Bürgermeister von Hamburg, Hans-Ulrich Klose, hat 1978 heftige Kritik dafür geerntet, als er erklärte, der Staat wirke oft als „Reparaturbetrieb des Kapitalismus“. Ich halte dies nur für eine realistische Zustandsbeschreibung und für eine der Aufgaben unseres Staates. Der Staat ist immer dann gefordert, wenn Marktmechanismen, hinter denen ja keine anonymen Mächte stehen, sondern Interessen der Verwertung des Vermögens von Einzelpersonen, zu ökonomisch, ökologisch und sozial nicht wünschbaren Ergebnissen führen.

Noch besser als kompensatorische Aktivitäten des Staates wären natürlich präventive, aber das ist in extenso ein zu weites Feld für einen kommunalen Wahlbeamten ...
Daher hier nur drei Vorschläge dazu:

- Banken, die neue vom Staat vorher erst zuzulassende Finanzprodukte auf den Markt bringen, müssen davon 15 % selbst behalten.
- Die Auslagerung von Risiken für Finanzprodukte aus dem Eigenkapital ist unzulässig.
- Die EU bzw. wenigstens die Euro-Raum-Staaten gründen eine eigene Rating-Agentur, eine gemeinsame Bankaufsicht und ein zentrales Kredit-Register.

Was musste man bis vor kurzem vom bösen Staat nicht tagtäglich hören, sehen und lesen? Der Staat sei eine Krake, der die fleißigen Steuerzahler und Unternehmer bis aufs Blut aussauge. Er sei ein ineffektives bürokratisches Monstrum, der jede Eigenaktivität der Bürger ersticke. Er sei ein Moloch im Regulierungswahn, der sich immer mehr ausbreite und die segensreichen Wirkungen des freien Marktes behindere.

Doch wo Not ist, muss auch das Rettende sein. Diesem als Gespenst dargestellten Staat wurde eine Lichtgestalt gegenüber gestellt: der freie Markt. Gemäß dieser radikal-neoliberalen Heilslehre ist der Markt ein „deus ex machina“. Wie durch ein Wunder Sorge er dafür, dass ohne staatliche Regulierung die Allokation der ökonomischen Güter optimal erfolgt und alle Markt-Teilnehmer früher oder später davon profitieren. Der Staat sei bei diesem Wirken der „unsichtbaren Hand“ des Marktes eher ein Störfaktor.

Der extrem-neoliberale Flügel der Republikaner in den USA verwendete für seine Strategie offen und ehrlich die Formel „Starve the beast“, also „Hungert die Bestie (Staat) aus“. Wie kann man den Staat aushungern? Nun ganz einfach, indem man ihm scheinbar seine ökonomische Basis, seine Einnahmen, seine Unternehmen und seine Gestaltungsmöglichkeiten entzieht. Ein schönes Etikett für dieses Vorhaben war schnell gefunden: Man strebe den „schlanken Staat“ an. Wer wagt schon, einen „dicken Staat“ gut zu finden?

Der Forderungskatalog und die in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern oft besonders konsequent eingeschlagene Praxis sind bekannt:

- Reduzierung der Staatsquote und der Abgabenquote
- Reduzierung der Steuerquote vor allem durch Unternehmenssteuerreformen
- Privatisierung der öffentlichen Unternehmen
- Forderung nach Verbot der Neuverschuldung des Staates
- Abbau von Regulierungen auf allen Ebenen, vor allem auch im Bereich der Finanzmärkte und des Arbeitsmarktes

In Deutschland war eine Gruppe - zumindest bis vor kurzem - besonders von dieser Heilslehre infiziert. Es handelt sich ausgerechnet um einen Berufsstand, der sich dadurch immer mehr die Basis für seine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten entzog, nämlich große Teile der politischen Klasse.

Dies ist merkwürdig. Denn welcher Berufsstand sonst ist so selbstlos, im Interesse des so definierten Gemeinwohls sich selbst immer mehr seiner Macht und deren Ressourcenbasis zu begeben. Mir fällt auch nach intensivem Nachdenken kein weiterer Berufsstand ein. Viele Politiker forderten zumindest bis vor kurzem permanent „Die zu hohe Staatsquote muss gesenkt werden“ bzw. „Die zu hohe Steuerquote muss gesenkt werden“. Man stelle sich kurz

einen BDI-Präsidenten vor, der fordert „Der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am BIP ist zu hoch, er muss gesenkt werden“ oder einen DGB-Vorsitzenden, der erklärt „Die Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmereinkommen am BIP, ist zu hoch, sie muss gesenkt werden“. Bei beiden würde man am Geisteszustand zweifeln, bei den Politikern sind - bis jetzt - die Fans des Abbaus der Staatsquote die große Mehrheit und damit also offensichtlich normal.

Für dieses wirklich erstaunliche Handeln gibt es folgende Erklärungsmöglichkeiten:

- Diese Politiker und Politikerinnen tun dies bewusst, weil sie subjektiv an diese Heilslehre glauben. Dann sind sie ehrenwerte Überzeugungstäter, wenn man die häufig negativen objektiven Folgen dieser Politik ausblendet.
- Sie tun dies bewusst, glauben daran und haben nach dem Ausscheiden aus der aktiven Politik - vorsichtig formuliert - zumindest keine materiellen Nachteile daraus. Viele Beispiele dafür finden sich auf der Internet-Homepage einer großen überregionalen Münchner Tageszeitung. Dann handelt es sich um Überzeugungstäter, die wenigstens selbst von den Folgen dieser Politik profitieren.
- Sie wissen nicht, was sie tun, weil sie in der Tagespolitik im herrschenden Zeitgeist mitschwimmen, ohne sich über makro-ökonomische Fragen lange den Kopf zu zerbrechen, verhalten sich also opportunistisch. Sie haben es bei Änderungen des Zeitgeistes dann wenigstens leichter schnell umzuschwenken.

Fakten, Fakten, Fakten

Es sei dahingestellt, welche Erklärungsmöglichkeit zutrifft, denn mich interessieren die empirisch feststellbaren Folgen dieser Politik. In Deutschland wurde dieser eher angebotsorientierten Politik in den letzten zehn Jahren besonders intensiv gefolgt. Das empirisch zu ermittelnde Ergebnis dieser Politik ist im Vergleich zu fast allen anderen OECD-Staaten und den EU-Staaten ernüchternd. Bei wichtigen Wirtschaftsindikatoren liegt Deutschland im Ländervergleich der 15 alten EU-Staaten (Mitgliederstand 2003) für den Zeitraum 2000 bis 2007 im unteren Drittel oder sogar am Ende.

- Wachstum des BIP (Platz 13)
- Entwicklung der Löhne und Gehälter (Platz 15)
- Entwicklung der Nachfrage der privaten Haushalte (Platz 15)
- Entwicklung der öffentlichen Investitionen (Platz 14)
- Einzelhandelsumsatz (Platz 15)
- Produktionsindex Baugewerbe (Platz 14)

Nur bei zwei Indikatoren ist Deutschland in der Spitzengruppe:

- Wachstum der Exporte (Platz 1)
- Wachstum der Gewinn- und Vermögenseinkommen (Platz 3)

Das für mich Erstaunliche an der ideologisch dominierten wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland ist - in der deutschen Management-Sprache formuliert - „Facts don't matter“. Die dargestellten negativen empirischen Ergebnisse im Ländervergleich spielen in der Politik keine Rolle.

Nichtsdestotrotz einige Fakten, die belegen, dass der Staat in Deutschland im Vergleich zu den anderen OECD-Staaten keine „Krake“ ist, sondern eher ein „Kracklein“ und auch kein „Moloch“, sondern ein „Molochlein“:

- Der Anteil der Staatsquote am BIP liegt in Deutschland derzeit bei 43,9 %. Zum Vergleich die Daten in anderen Ländern: Frankreich 52,6 %, Italien 48,5 %, Großbritannien 50,1 %, EU-Durchschnitt 45,8 %, USA 35,6 %.
- Die Abgabenquote, also der Anteil der Staats- und Sozialversicherungsausgaben am BIP liegt in Deutschland bei 35,7 % und damit weit unter dem OECD-Durchschnitt von 40 % und dem EU 15-Durchschnitt von 37 %.
- Die Steuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen am BIP, beträgt in Deutschland 2007 23,8 %, ist seit 40 Jahren fast konstant und liegt deutlich unter dem OECD-Durchschnitt.
- Der Anteil der Staatseinnahmen am BIP liegt in Deutschland 2007 trotz der Kosten der deutschen Einheit mit 43,9 % nur unwesentlich höher als 1989 mit 43,2 %.
- Der Anteil des Unternehmenssteueraufkommens am BIP liegt in Deutschland mit 10 % weit unter dem EU-Durchschnitt von 14 % und dem OECD-Durchschnitt von 13 %. Der Anteil des besteuerten Vermögens am BIP liegt in Deutschland bei 0,9 %, im OECD-Durchschnitt bei 1,9 % und im EU 15-Durchschnitt bei 2,1 %.

Bei den beiden Hauptindikatoren für die Zukunfts- und damit Konkurrenzfähigkeit steht Deutschland im internationalen Vergleich inzwischen auch als Folge dieser Politik des Staatsabbaus sehr schlecht da. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am BIP, als Maßstab für die von der öffentlichen Hand vorgehaltene materielle Infrastruktur, liegt bei nur 1,5 %. In der EU hat nur Österreich, in diesem Fall „Tu unfelix Austria“, einen noch geringeren Anteil. Im Durchschnitt der EU liegt diese Quote bei 2,6 %.

Inzwischen gibt es eine Reihe von sogenannten Entwicklungsländern, die Deutschland hierbei überbieten. Der Anteil der Ausgaben für den wertvollsten Rohstoff, den „Rohstoff Geist“ - sprich: Bildung, am BIP ist in Deutschland mit 5,1 % trotz aller Sonntagsreden unterhalb des Durchschnitts der OECD-Staaten von 6,1 % und ist in den letzten Jahren sogar gesunken. Der Anteil der Bildungs- an den Gesamtausgaben des Staates liegt in Deutschland nur bei knapp 10 %, im OECD-Durchschnitt beträgt er gut 13 %.

Trotz alledem gibt es bei uns eine große Volkspartei, die bis jetzt programmatisch verankert hat, dass die Staatsquote am BIP von derzeit 43,9 % (1997 waren es noch 48,4 %) auf unter 40 % gesenkt werden soll. Allerdings hat die Vorsitzende dieser Partei, die offenbar aufgrund ihrer naturwissenschaftlichen Ausbildung nicht ausreichend fakten-resistent ist, vor kurzem die Richtigkeit dieses Zieles selbst in Frage gestellt. Eine kleinere Partei hält – Unehre wem Unehre gebührt - unverdrossen am Ziel einer Staatsquote von unter 35 % fest.

Vielleicht kehrt angesichts der aktuellen Situation nicht nur beim Thema Staatsquote, sondern auch beim Thema Neuverschuldungsverbot bzw. Schuldenbremse für die öffentliche Hand mehr Realismus statt Ideologie ein. Denn was in der Privatwirtschaft und im Privatleben Normalität ist, Schulden zu machen (hier heißt es nur vornehmer: „Fremdkapital aufzunehmen“), kann in der Politik keine Todsünde sein. Die Frage „Kann denn Fremdkapital Sünde sein?“ ist leicht zu beantworten: nur dann, wenn es ohne Not auch in guten Zeiten aufgenommen und nicht in guten Zeiten weitestgehend getilgt wird.

Die normative Kraft des Faktischen, sprich die Folgen der aktuellen Konjunktur- und Finanzmarktkrise wird dazu führen, dass ideologische Blümenträume wie weitere Unternehmensteuerreformen und weitere Privatisierungen und Deregulierungen nicht in den Himmel wachsen bzw. aus meiner Sicht - von den verheerenden Folgen für die Lebensqualität der Masse der BürgerInnen und für die Gestaltungsmöglichkeiten der Politik betrachtet - nicht in die Hölle führen, um in diesem Bild zu bleiben.

Münchner Politik gegen den Zeitgeist - und deswegen erfolgreich

Die Politik in München der letzten 18 Jahre war nicht im Trend des Zeitgeistes. Es ist daher eine mutige Politik. Der Erfolg gibt ihr Recht, nicht nur bei Wahlen, denn die WählerInnen irren bekanntlich nie, sondern auch bei Städtevergleichen. Zu den Ergebnissen dieser Politik ist in der aktuellen Information der Münchner IHK zu lesen: „Unternehmer wählen München zur beliebtesten Stadt Deutschlands“. Bei einer Umfrage unter 2.000 deutschen Unternehmen zeigte sich, „wie klar die Vorzüge Münchens auch bundesweit erkannt werden: wirtschaftsfreundliche Politik, Elite-Unis, hochqualifizierte Arbeitnehmer und gutes Sozialklima“.

Im Gegensatz zu anderen Kommunen hat München seine kommunalen Unternehmen nicht verscherbelt und hat dies auch nicht vor. Wir besitzen u.a. erfolgreiche Stadtwerke, Wohnungsunternehmen und Eigenbetriebe. Über wesentliche Grundlagen der Infrastruktur unserer Stadt wird nicht in fernen Konzern-Zentralen entschieden, sondern vom Eigentümer Stadt.

Im Gegensatz zu fast allen anderen Kommunen, zum Land und zum Bund, treiben wir keine pro-zyklische Finanz- und Wirtschaftspolitik. Wir verschärfen nicht den Konjunkturabschwung durch Investitionsabbau der Stadt. Wir nehmen dann auch Schulden auf, wohl wissend, dass der Zeitgeist tobt. In guten konjunkturellen Zeiten fahren wir die Schulden durch Tilgung so weit es nur geht zurück.

In München kombinieren wir angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik. Wir sorgen für eine hohe Qualität des Angebots an öffentlich vorgehaltener Infrastruktur und reduzieren die städtische Nachfrage nach Bauleistungen auch in Krisenzeiten nicht.

Wir beteiligen uns nicht am Wettbewerb „Wer verspricht den höchsten Steuerabbau?“ Wir stehen auch bei Gegenwind dazu: Eine gute Infrastruktur, eine hohe Qualität öffentlicher Dienstleistungen zu erschwinglichen Gebühren und damit eine hohe Lebensqualität für die BürgerInnen und eine hohe Standortqualität für die Unternehmen hat ihren Preis. Zudem hätte München aufgrund seiner guten und daher teuren Infrastruktur niemals eine Chance in einem Steuersenkungswettlauf mit der Region München oder anderen Großstädten mithalten zu können. Für alle Teilnehmer dieses Wettlaufes wäre dies ohnehin ein Nullsummenspiel.

Wir haben daher 2004 beschlossen, den Grundsteuer-Hebesatz auf den Durchschnittswert der deutschen Großstädte zu erhöhen und lehnen eine Reduzierung des zugegebenermaßen sehr hohen Gewerbesteuersatzes ab. Wer die Senkung eines oder beider dieser Hebesätze fordert, was ja populär erscheint, muss klipp und klar sagen: Wo und wie sollen Mindereinnahmen durch Einsparungsmaßnahmen kompensiert werden?

Angesichts des konjunkturellen Abschwunges und der unvorhersehbaren Folgen der Finanzmarktkrise halte ich Hebesatzsenkungen bei der Gewerbesteuer und bei der Grundsteuer in München auf absehbare Zeit für fiskalisch unverantwortlich!

Düstere Aussichten durch konjunkturellen Abschwung und Finanzmarktkrise

Nun zur aktuellen wirtschafts- und finanzpolitischen Situation urbi et orbi:

Die Aussichten sind leider sehr düster. Hier ist meiner Ansicht nach Realismus angebracht und nicht Gesundheitsbeterei. Zwei Krisen kommen zusammen und summieren sich in ihrer Wirkung:

Die konjunkturelle Abschwungphase und die Folgen der Finanzmarktkrise. Der zyklische konjunkturelle Abschwung in Deutschland und vielen OECD-Ländern hat bereits begonnen. In Deutschland ist das reale BIP im zweiten Quartal bereits gesunken und nach Ansicht vieler Experten wird es auch im dritten und vierten Quartal 2008 sinken. 2009 wird es konjunkturell kaum besser werden.

Der Exportweltmeister Deutschland kommt an seine Grenzen, wenn in den Importländern die Wirtschaft stagniert. Von der Binnennachfrage, die 56 % der Verwendung des BIP in Deutschland ausmacht, wird kein reales Wachstum erwartet, da das Realeinkommen großer Teile der Bevölkerung weiterhin nicht wächst. Das positive Handelsbilanz-Saldo trägt übrigens nur zu 7 % zur Verwendung des BIP bei. Eine rein angebotsorientierte Wirtschaftspolitik kann daher schon aus strukturellen Gründen nicht erfolgreich sein.

Die Auswirkungen der Finanzmarktkrise sind immer noch nicht in ihrem vollen Umfang absehbar, da viele Banken und Versicherungen mit der Wahrheit nur scheinbar und in letzter Minute herausrücken. Ich will darüber hier nicht spekulieren, bin aber leider optimistisch, dass mich mein schon beruflich bedingter Pessimismus diesmal nicht täuschen wird. Fatal ist, dass die Finanzmarktkrise die wichtigste Ressource zur Stabilität der Wirtschaft untergraben hat, das Vertrauen.

Der Staat kann aus dem oben genannten Grund den Banken und Versicherungen nicht vertrauen. Die Banken vertrauen sich untereinander nicht mehr, das führt zur sogenannten Liquiditätsklemme beim Inter-Banken-Handel. Die Banken haben weniger Vertrauen in die eigene Zukunft und die ihrer Kunden. Das führt zu vorsichtigeren und strengeren Kredit-Vergaben der Banken, zur sogenannten Kreditklemme. Dies führt zur Investitionsklemme und damit zu mehr Arbeitslosigkeit und zu geringeren Steuereinnahmen.

Aus diesen Gründen ist jetzt schon sicher, dass der Arbeitskreis Steuerschätzung bei seiner Sitzung Anfang November die Prognosen für 2008 und 2009 nach unten revidieren wird.

Auswirkungen auf die Landeshauptstadt München

Wie sind die Auswirkungen für München?

2007 war ein Drittel der gesamten Haushaltsausgaben und fast genau die Hälfte unserer laufenden Ausgaben durch unser Gewerbesteueraufkommen gedeckt. Dabei decken 100 Unternehmen 2/3 unseres Gewerbesteuer-Aufkommens ab, 300 Unternehmen 90 % unseres

Gewerbsteuer-Aufkommens. Ein Großteil dieser Unternehmen ist mehr oder weniger stark export-orientiert und damit export-abhängig. Jeder Exporteinbruch hätte fatale Folgen für sie und ihre Gewinnsituation und damit für die städtischen Einnahmen.

Am Gewerbesteuer-Gesamtaufkommen sind die Banken in München mit über 6 % beteiligt, die Versicherungen mit über 19 %. Es wäre ein Wunder, wenn die Folgen der Finanzmarktkrise bei Banken und Versicherungen nicht zu Gewinnreduzierungen führen würden. Dies wird vermutlich zu Verringerung der Vorauszahlungen bei der Gewerbesteuer führen, aber auch zu Rückerstattungen zu viel gezahlter Gewerbesteuer-Vorauszahlungen. Diese Gelder, die die Stadt bereits vereinnahmt hat, müssen dann aufgrund der tatsächlich aufgetretenen schlechteren Gewinn-Situation dieser Unternehmen von der Stadt ganz oder teilweise zurückgezahlt werden.

Es ist wegen der konjunkturellen und finanzmarkt-bedingten Probleme also damit zu rechnen, dass das Gewerbesteuer-Aufkommen 2009 im worst case drastisch zurückgehen kann. Dann geht es um einige hundert Millionen Euro weniger!

2007 hatten wir das Rekord-Aufkommen von 1,909 Mrd. Euro. Dieses Jahr werden es noch über 1,7 Mrd. Euro sein. Im Eckdaten-Beschluss für 2009 haben wir 1,77 Mrd. Euro eingeplant. Es kann gut sein, dass wir im Schlussabgleich darunter gehen müssen. Bei unserem Einkommensteuer-Anteil gingen wir beim Eckdatenbeschluss 2009 von einem Rekord-Ergebnis von 805 Mio. Euro aus. Sollten von der Prognose für 2009 her Änderungen notwendig sein, was zu erwarten ist, müsste auch hier der Wert nach unten gesetzt werden.

Auswirkungen der Finanzmarktkrise

Die Finanzmarktkrise hat Auswirkungen auf alle deutschen Kommunen, denn alle legen zeitweise überschüssige oder strukturell erforderliche Liquidität (bei Kommunen, die faktisch von Kassenkrediten leben müssen) und Rücklagen für bestimmte Zwecke in Finanzanlagen an.

Seit 1999 wurden in München durch sieben Stadtratsbeschlüsse, die im Regelfall einstimmig oder mit großer Mehrheit gefasst worden sind, die Spielregeln für diese Finanzanlagen durch den Stadtrat festgelegt. Grundziel ist dabei die Bestandserhaltung, die Verzinsung sollte also mindestens so hoch sein wie die Inflationsrate. Zur aktuellen Lage und Einschätzung liegt Ihnen eine Bekanntgabe der Stadtkämmerei vor, die, um wirklich den neuesten Stand zu erfassen, Ihnen als Tischvorlage zu Beginn der heutigen Sitzung verteilt wurde.

In meiner Rede kann ich nur die Quintessenz gerafft darstellen:

Wäre unser Geldvermögen in einem „Juliusturm“ in Form von Bargeld gelagert worden, wäre der Wert wegen der Inflationsrate seit 2000 um 13 % oder rund 142 Mio. Euro gesunken. Hätten wir dieses Geldvermögen auf Giro-Konten geparkt, wäre die Inflationsrate weit höher als die Verzinsung, der Bestand wäre um rund 90 Mio. Euro reduziert worden, Vermögen wäre also vernichtet worden.

Hätten wir dieses Geld auf Sparkonten mit dem Spareckzins der Bundesbank angelegt, hätten wir 163 Mio. Euro erwirtschaftet, inflationsbereinigt aber nur rund 21 Mio. Euro. Durch die von der Stadtkämmerei vorgenommene Anlagepolitik wurden von 2000 bis 2007 aber insgesamt 296 Mio. Euro erwirtschaftet, inflationsbereinigt immer noch rund 153 Mio. Euro. Das

städtische Finanzvermögen wurde dabei nicht nur in seinem Bestand gesichert (höhere Verzinsung als die Inflationsrate), sondern gesteigert. Dies ist im Interesse der Münchner Bürger.

In diesem besonders schwierigen Jahr 2008 gehen wir derzeit noch bei unseren Finanzanlagen von Erträgen in Höhe von hoffentlich 80 Mio. Euro aus.

In aller Kürze zur Risikosituation:

Unsere Finanzanlagen zur Liquiditätssicherung in Höhe von insgesamt derzeit rund 1 Mrd. Euro sind auf 33 Banken verteilt. Darunter waren auch bis vor kurzem 50 Mio. Euro Tagesgelder bei den Lehman Brothers Deutschland. Alle diese Anlagen sind zu 100 % durch Zusagen der drei Bankgruppen (öffentliche, private, genossenschaftliche) gedeckt, das bedeutet bei eventuellen Problemen einzelner Banken springt dieses Solidarsystem der drei Einlagensicherungssysteme der drei Bankgruppen ein. Ob alle oder jedes dieser drei Einlagensicherungssysteme bei einem extremen Stress-Test tatsächlich ausreichen würde, bezweifle ich. Ich weiß nur, dass dann der Staat - vornehm formuliert - als „lender of last resort“ einspringen müsste.

Unsere mittel- und langfristigen Finanzanlagen von derzeit insgesamt 1,4 Mrd. Euro sind zum Großteil in hoffentlich sicheren Staatsanleihen und dinglich gesicherten Pfandbriefen angelegt. Der Aktien-Anteil wurde bei unseren 11 Kommunalfonds auf maximal 15 % festgelegt. In guten Zeiten sorgen diese Aktien für die positive „out-performance“ bei der Verzinsung, in schlechten Zeiten sind sie ein Risikofaktor. Deshalb werden von uns derzeit keine Aktien erworben.

Bei dem Gesamtbestand von mittel- und langfristigen Anlagen von insgesamt 1,4 Mrd. Euro waren auch 0,004 Mrd. Euro, d.h. 4 Mio. Euro, Schuldscheindarlehen der Lehman Brothers USA, die bis zum Tag des Bekanntwerdens ihrer Illiquidität ein hervorragendes Rating hatten. Mit dem 0,3 Mrd.-Engagement der Bayerischen Landesbank bei den Lehman Brothers können wir nicht mithalten. Im worst case müssen wir diese 4 Mio. Euro in der städtischen Bilanz 2009 oder 2010 ganz oder im normal case teilweise als Wertberichtigung, d.h. uneinbringbare Gesamt- oder Teil-Forderung abschreiben, je nachdem was wir aus der Konkursmasse in den USA bekommen. Dies ist sehr bedauerlich und wir entschuldigen uns als Kämmerei ausdrücklich dafür. Wir bitten aber um eine gerechte Beurteilung und keine voreilige Verurteilung.

Allein seit dem Jahr 2000 haben wir bei unseren Finanzanlagen ein Positivsaldo an Erträgen von 297 Mio. Euro. 2008 werden es hoffentlich 80 Mio. Euro sein. Selbst wenn man den worst case bei den Lehman Brothers USA in Höhe von 4 Mio. Euro bereits jetzt gegen rechnen würde, wären es noch 76 Mio. Euro.

Zu den Verrücktheiten des kameraleen Haushaltes gehört es übrigens, dass der Verlust von Finanzvermögen im Haushalte nicht erfasst wird. In der Doppik werden Sie jedes Jahr beim Jahresabschluss und bei der Bilanz feststellen können, ob das Finanzvermögen der Stadt wächst oder sinkt.

Die Kämmerei wird Ihnen im Finanzausschuss am 28. Oktober bzw. im Plenum am 29. Oktober in einer Beschlussvorlage Vorschläge unterbreiten, wie wir unter den jetzigen labilen

Bedingungen mit unseren Finanzanlagen umgehen können. „Business as usual“ ist sicherlich nicht angesagt. Teilweise müssen auch Änderungen, die wir im praktischen Vollzug bereits beachten, vom Stadtrat beschlossen werden (z.B. faktischer Fortfall des früher wichtigen Bewertungs-Kriteriums Rating).

Eine neue Ära: erster doppischer produktorientierter Stadthaushalt

Und nun zum aus Sicht eines Kämmerers schönsten Objektes der Begierde: unserem Haushaltsplan-Entwurf 2009. In der deutschen Management-Sprache müsste ich mit dem Ausruf beginnen: „We proudly present: Our draft of the first budget, based on commercial accounting and on products.“

An diesem ersten Haushalts-Entwurf auf der Basis der kaufmännischen Buchführung und der Produktorientierung arbeiten wir von den ersten Blaupausen über konkretere Konzepte und die Implementierung der IT bis zum jetzigen Entwurf seit gut zehn Jahren. Gut Ding will offensichtlich Weile haben. Die Komplexität der kaufmännischen Buchführung im kommunalen Bereich und der Software ist weit höher als ursprünglich gedacht. Aber jetzt gilt hoffentlich bald: „Alles wird gut!“

Ich möchte mich bei allen bedanken, die trotz aller Probleme an diesem Projekt festgehalten und daran mitgewirkt haben: dem Stadtrat, der Stadtspitze und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus allen Referaten und natürlich auch speziell aus der Stadtkämmerei. Die Doppik hat gegenüber der Kameralistik, die nur Geldflüsse erfasst, aus meiner Sicht vier Vorteile:

- Sie stellt den vollständigen Ressourcenverbrauch dar, erfasst z.B. auch die Abschreibungen für Anlagegüter und die Zuführungen an Rückstellungen für Pensionen.
- Sie unterschlägt nicht bereits heute bekannte zukünftige Lasten für die Beamtenversorgung (durch die Bildung und jährliche Fortschreibung der Rückstellungen dafür in der Bilanz).
- Sie erfasst das komplette Vermögen der Kommune, aber auch die gesamten Passiva. Durch den Jahresabschluss und die fortgeschriebene Bilanz wird ermittelt, ob die Differenz von Aktiva und Passiva, das rechnerische Eigenkapital, wächst, gleich bleibt oder schmilzt. Im Gegensatz zur Kameralistik wird ein Zehren von der Vermögenssubstanz sofort sichtbar.
- Die Aufgaben der Stadt werden in 272 Produkten dargestellt. Zu jedem Produkt gibt es nicht nur Informationen über die finanziellen Daten, sondern auch Informationen über die Quantität, Qualität und Wirkungen dieser Produkte auf bestimmte Zielgruppen. In der Kameralistik kann der Stadtrat nur entscheiden, wie viel Geld wohin gesteckt werden soll. Was mit diesem Geldeinsatz für wen als Leistung herauskommen soll und ob dies im Vollzug dann tatsächlich erreicht wird, ist im kamerale Haushalt eine „black box“.

Diese neue Logik wird nicht nur in der Planungsphase des Haushaltes relevant, sondern auch im Vollzug und im gesamten Controlling-Kreislauf und wird sich auch in jedem ressourcen-wirksamen Einzelbeschluss des Stadtrates widerspiegeln.

Das Hineinwachsen in diese neue Welt wird Zeit brauchen, sowohl im Stadtrat und den Bezirksausschüssen wie in der Verwaltung. Denn niemand schläft abends als kameraler Saulus ein und wacht als doppischer Paulus auf.

Es wird ein gemeinsamer Lernprozess, bei dem die politischen Steuerungsorgane evaluieren müssen, welche Steuerungsinformationen wann für sie relevant sind. Ein Schritt dabei wird das von der Kämmerei angebotene Stadtratsseminar am 17./18. Oktober sein, zu dem ich Sie nochmals herzlich einladen darf.

Wir sind jetzt endlich in der praktischen Umsetzung von Konzepten, die notwendigerweise teilweise am grünen Tisch entwickelt worden sind. Sie müssen sich jetzt dem Praxistest stellen. Diese Konzepte sind nicht in Stein gemeißelt, Korrekturen sind sicherlich notwendig. Ein bekannter Hegel-Kritiker von der Mosel hat diesen dialektischen Prozess bereits 1844 gut beschrieben: „ Es genügt nicht, dass der Gedanke zur Verwirklichung drängt, die Wirklichkeit muss sich selbst zum Gedanken drängen.“

Nun zum Haushaltswerk selbst:

Bisher waren Sie gewohnt, einen Band eines Haushaltsplan-Entwurfes zu erhalten, bestehend aus dem Verwaltungshaushalt und dem Vermögenshaushalt. Untergliedert war dieser Haushalt nach Einzelplänen, Unterabschnitten und Haushaltsstellen.

Jetzt liegen Ihnen zwei Bände vor:

Der Band 1 enthält den Gesamtfinanzhaushalt und die Teil-Finanzhaushalte der Referate (mit allen Investitionsmaßnahmen) sowie den Gesamtergebnishaushalt und die Teil-Ergebnishaushalte der Referate.

Der Band 2 enthält die Ziele für die Referate, Grundinformationen zu den Referaten und die Produktdatenblätter zu den 272 Produkten der Stadt mit einer Fülle von Finanz- und Leistungsdaten.

Zunächst zum **Gesamtergebnis-Plan**:

Er enthält den gesamten Ressourcenverbrauch, umfasst also auch Abschreibungen in Höhe von 290 Mio. Euro und Zuführungen an die Rückstellung für Pensionen und Beihilfen in Höhe von 359 Mio. Euro. Diese Aufwendungen, existieren im kameralem Haushalt überhaupt nicht.

Um so erfreulicher ist, dass wir nach derzeitigen Planungsstand nicht nur den rechtlich vorgesehenen ausgeglichenen Erfolgsplan erreichen werden, sondern einen Überschuss von 317 Mio. Euro. Wäre dies der Jahresabschluss Ende 2009, würde sich in der Bilanz (Stand 01.01.2010) das rechnerische Eigenkapital der Stadt um eben diese Summe erhöhen. Die wesentlichen Erträge sind die Steuereinnahmen.

Bei der Gewerbesteuer gehen wir derzeit von 1.770 Mio. Euro im nächsten Jahr aus, nach 1.909 Mio. Euro 2007 und hoffentlich ca. 1.800 Mio. in diesem Jahr. Unser Anteil an der Einkommenssteuer wird 2009 vermutlich bei 805 Mio. Euro liegen, nach 705 Mio. Euro im Jahr 2007 und ca. 760 bis 780 Mio. in diesem Jahr.

Die wesentlichen Aufwendungen sind die Referats-Budgets für Aufwendungen in Höhe von 4.112 Mio. Euro und die zentralen Aufwendungen der Kämmerei in Höhe von 701 Mio. Euro. Im Gegensatz zur Kameralistik gibt es nunmehr auch Teil-Haushalte für die Referate. Bei den Aufwands-Budgets liegt das Schulreferat mit 1.072 Mio. Euro vor dem Sozialreferat mit 1.047 Mio. Euro, das im kameralen Haushalt noch uneinholbar vorne lag. Der Grund dafür ist, dass das Schulreferat wegen der hohen Anzahl an Gebäuden für Schulen, Sportanlagen und Kinderbetreuungs-Einrichtungen besonders hohe Aufwendungen für Abschreibungen hat.

Der **Gesamt-Finanzplan** ist mit dem kameralen Stadthaushalt durchaus vergleichbar, da hier nur die geplanten Geldflüsse erfasst sind. Das Positiv-Saldo ist mit 576 Mio. Euro erfreulich hoch. Nach jetzigem Stand ist 2009 keine Kreditaufnahme notwendig, sondern im Rahmen des Entschuldungskurses eine Tilgung von 250 Mio. Euro eingeplant.

Damit wären Ende 2009 innerhalb von vier Jahren 1.065 Mio. Euro an Schulden getilgt. Die Investitionen von derzeit eingestellten 491 Mio. Euro werden im Jahr 2009 tatsächlich weit höher sein. Dies gilt v.a. für Investitionen in Höhe von zusätzlich 105 Mio. Euro, für die die rechtlichen Veranschlagungsvoraussetzungen bald gegeben sein werden.

Bei den Budgets für die Auszahlungen steht - wie kameral gewohnt - das Sozialreferat mit 957 Mio. Euro unangefochten an der Spitze mit weitem Abstand vor dem Schulreferat mit 711 Mio. Euro.

Für die politische Feinsteuerung empfehle ich Ihnen besonders den Band 2, den Produkt-Band. Hier lohnt eine besonders intensive Lektüre. Denn erstmals haben Sie hier die Gelegenheit, bei Ihrer Entscheidungsabwägung die Finanzdaten mit den Leistungsdaten bei den 272 Produkten zu verknüpfen.

Spannende weitere Haushaltsberatungen bis zum Plenum am 17.12.2008

Ich vermute, dass ich Ihnen beim Schlussabgleich bei den Einnahme-Prognosen für das Jahr 2009 pessimistischere Schätzungen vorlegen muss.

Die Stadtkämmerei geht davon aus, dass auch angesichts der trüben Konjunkturaussichten ein neues Haushaltskonsolidierungskonzept erforderlich sein wird. Wir werden Ihnen dazu auf Basis des Stadtratsantrages von SPD und Grünen ein Konzept vorlegen. Bisher nur soviel dazu: Im Zeitalter des produktorientierten Haushaltes werden Sparmaßnahmen bei jedem betroffenen Produkt nicht nur bei den Finanzdaten, sondern auch bei den Leistungsdaten transparent. Leichter wird es also daher weder für die Politik noch für die Verwaltung. Aber es wird dadurch für uns alle noch interessanter und spannender.

Ich möchte mich diesmal besonders herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen in der Stadtverwaltung bedanken, die an diesem Haushaltswerk unter großen Mühen und leider noch bei unzureichender Software-Unterstützung mitgewirkt haben. Es kann im nächsten Jahr nur besser und leichter werden. Uns steht auch noch ein schwieriger und arbeitsintensiver Schlussabgleich bevor. Für diesen schwierigen Gesamtprozess habe ich als unbeirrbarer Latein-Fan ein Horaz-Zitat parat. Zunächst das martialische Original-Zitat : „Dulce et decorum est pro patria mori.“ Übersetzt: „Süß und ruhmvoll ist es für das Vaterland zu sterben.“

Aufgrund meiner Fürsorgepflicht habe ich dieses Zitat nicht nur durch die Ersetzung des Wortes Vaterland durch das Wort Stadt grundlegend variiert: „Dulce et decorum est pro urbe calculare.“ Übersetzt: „Süß und ruhmvoll ist es, für die Stadt zu rechnen.“ Ich gebe gerne zu: Süß ist es noch nicht, aber hoffentlich ruhmvoll.

Es ist gute Tradition, dass ich den Damen und Herren des Stadtrates ein Zitat für die bevorstehenden Haushaltsberatungen mit gebe. Es stammt aus dem Tagebuch eines nicht-bayerischen Ministerpräsidenten, der im Nebenberuf auch Reichskanzler war. Er lässt hier die Budgetberatungen im Parlament Revue passieren. „Die Kammer wird täglich langweiliger; gestern dauerte die Sitzung bis halb 6, bei kärglichem Lampenschein, und der unglückliche Wentzel schwatzte stundenlang ohne Unterbrechung. ... Ich begreife nicht, dass sich immer noch Leute finden, die ganz artig, von Anfang bis zum Ende auf den Tribünen sitzen und zuhören, wie erwachsene Menschen sich kindlich über Lappalien streiten, die im nächsten Sommer schon vergessen sein werden.“

Ich bin sicher, dass unser Oberbürgermeister in seinem Tagebuch derartige Anmerkungen zu unseren Haushaltsberatungen nicht machen müsste, denn

- die Stadtratssitzungen werden nicht täglich langweiliger
- die Lichtverhältnisse sind gut
- bei uns gibt es keinen, der stundenlang ohne Unterbrechung schwätzt
- und gestritten wird selbstverständlich nur über grundsätzliche strategische Fragen, nicht über Lappalien.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und für die erwartungsgemäße Widerlegung des anfänglichen Tucholsky-Zitates .



Prof. Dr. Jörg Hoffmann
Mitglied des Stadtrats der Landeshauptstadt München
Korreferent der Stadtkämmerei

Münchens Haushalt 2009 **Vollversammlung am 8. Oktober 2008**

Makulatur - in jeder Hinsicht

Zunächst möchte ich mich als neuer Korreferent der Stadtkämmerei beim Herrn Stadtkämmerer und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für die angenehme Zusammenarbeit bedanken. Ich habe in der kurzen Zeit zahlreiche Einblicke in eine professionell arbeitende Behörde erhalten und es ist gewiss nicht die Schuld der Stadtkämmerei, dass der heute einzubringende Haushalt 2009 der Landeshauptstadt München Makulatur ist.

1. Makulatur in der Außenwerbung: Frisches Papier als Grundlage plakativer Werbung

Der Begriff „Makulatur“ ist dabei nicht durchwegs negativ besetzt, bezeichnet Makulatur nämlich nicht nur wertloses, bedrucktes Papier, sondern durchaus auch werthaltiges, frisch hergestelltes Papier, welches als Grundlage für das Bekleben von Litfaßsäulen und Großflächen in der Außenwerbung dient. Mit genau dieser Makulatur haben wir es hier zu tun - sie dient der rot-grünen Rathausmehrheit nämlich als Grundlage für ihre großflächige Außenwerbung:

- Münchens Schulden sinken,
- Stadt investiert 3 Milliarden,
- Es klingelt munter in der Stadtkasse.

Das sind die Großflächenplakate auf den Litfaßsäulen - aber es gibt auch die kleinflächigen Anzeigen, welche ebenfalls mit Makulatur hinterlegt werden:

- Erhöhung der Personalkosten an Zuschussnehmer,
- Spielgeld für das Stadtmuseum,
- Sanierung des Deutschen Theaters usw.

Und in Zusammenhang mit dieser rot-grünen Außenwerbung fällt einem nicht zuletzt auch die Beweihräucherungsbroschüre „15 Jahre im Amt“ für unseren Herrn Oberbürgermeister auf. Die hat bestimmt auch Steuergeld gekostet. Wenn ich an diese Broschüre denke, bin ich schon bei der zweiten Bedeutung von „Makulatur“.

2. Makulatur als fehlbedrucktes Papier: Die Ausgabenseite des Haushalts

Makulatur ist fehlbedrucktes oder beim Druck beschädigtes Papier. Warum sind wir der Meinung, dass es sich bei den Seiten des Haushalts, auf denen die Ausgabenseite gedruckt ist, um Makulatur handelt?

Weil wir bereits am 2. Januar 2009 damit beginnen werden, dem dann beschlossenen Haushalt neue Ausgaben hinzuzufügen. Deswegen möchte ich Sie auch nicht damit langweilen, einzelne Haushaltspositionen zu kritisieren. Das wäre ein nutzloses Unterfangen, da diese ohnehin keinen Bestand haben.

Hier komme ich zu einem Punkt, der uns von der FDP sehr ernst ist und von dem wir glauben, dass wir ihn ohne ideologische Scheuklappen über die Parteigrenzen hinweg umsetzen können: Wir brauchen mehr Haushaltsdisziplin. Damit meinen wir zunächst nicht die Höhe der Ausgaben, sondern die Art und Weise, wie die Ausgaben festgelegt werden.

Im Bund und in den Ländern werden ebenfalls Haushalte verabschiedet. Der große Unterschied zu uns ist aber, dass diese Haushalte dann (entweder ein oder zwei Jahre) Bestand haben. Entdeckt ein Ministerium oder ein Amt weiteren Bedarf (sei es Personal, seien es Sachmittel), so werden diese für den nächsten Haushalt angemeldet und dann im nächsten Haushalt beschlossen.

Nicht so in München. Allein in den wenigen Monaten, in denen ich dem Stadtrat nun angehöre, kam es zur Schaffung zahlreicher Stellen und zu vielen Ausgabenausweitungen. Ein Beispiel war die Erhöhung der Personalzuschüsse an städtische Zuschussnehmer aufgrund des neuen Tarifabschlusses. Was hätte dagegen gesprochen, diese Erhöhung in den nächsten (also in diesen) Haushalt einzubringen? Eine Verzögerung der Zahlung um ein halbes Jahr - meiner Meinung nach eine für die Zuschussnehmer hinnehmbare Zeitspanne. In Zeiten knapper Haushalte muss jeder seinen Beitrag leisten.

Ein Höhepunkt der zwischenhaushaltlichen Stellenausweitung fand letzte Woche im Verwaltungs- und Personalausschuss statt: Es gab einmal eine Staatsregierung, welche den Entwurf einer Beamtenreform vorgelegt hat. Das Personalreferat studierte den Entwurf und stellte fest, dass es aufgrund dort geplanter Änderungen 1,5 neue Stellen benötigt. Beim eifrigen Studieren ist dem Personalreferat völlig entgangen, dass es mittlerweile gar keine Staatsregierung mehr gibt (eigentlich verwunderlich, da sich die größte Fraktion im Rathaus ja sehr lautstark als Wahlsieger gefeiert hat - als ersten Wahlsieger, der 1% verliert). Wir wissen nicht, wie sich die geänderten Mehrheitsverhältnisse auf die bayerische Beamtenreform auswirken. Gut möglich, dass sie wie geplant in Kraft tritt - gut möglich aber auch, dass sie Veränderungen erfährt. Und genau das ist der Punkt: Anstatt abzuwarten oder den Stellenplan für den nächsten Haushalt einzubringen, wird die Ausweitung sofort beantragt und in der Regel von der Rathausmehrheit auch genehmigt. Im vorliegenden Fall konnten immerhin eine Vertagung in den nächsten Ausschuss erreicht werden. Ob wir dann aber schon mehr über das geplante Gesetz wissen, scheint mir fraglich.

Es ist also ein Mentalitätsproblem, dass immer erst nach unverzüglichen Stellenausweitungen gerufen wird, anstatt danach zu suchen, wo z.B. Abläufe verbessert werden können. Und hier bin ich beim zweiten Punkt zum Thema Haushaltsdisziplin. Es geht natürlich auch um die Ausgabenhöhe. Auch hierzu ein Beispiel, auch dieses aus dem letzten Verwaltungs- und Personalausschuss.

Da soll im Sozialreferat eine neue Software eingeführt werden. Diese soll die Mitarbeiter entlasten. Sicherlich begrüßenswert. In der Kosten-Nutzen-Analyse wird vorgerechnet, dass sich mit der Software ein Effizienzgewinn von rd. 0,75 Stellen ergibt. Der Betrag hierfür wird auch als Ersparnis eingesetzt. Prima, könnte man sich jetzt denken - endlich wird auch die Ausgabenseite betrachtet, es kommt zu einer Effizienzsteigerung und diese führt zu einer, wenn auch kleinen, Stelleneinsparung.

Mitnichten. Eine Stelleneinsparung ist nicht geplant, was im Umkehrschluss heißt, dass es durch die Einführung der Software zu einer Stellenausweitung durchs Hintertürchen kommt. Denn würde die Software nicht eingeführt werden, müssten ja 0,75 neue Stellen geschaffen werden, wenn man konsequent argumentiert.

Hier haben wir ein Problem. Wir hören immer nur, wo Aufgaben ausgeweitet und Belastungen der Mitarbeiter durch neue Stellen kompensiert werden sollen. Wir hören aber selten Sparvorschläge - nicht, weil es keine Sparpotentiale gäbe, sondern weil die rot-grüne Mehrheit ihre schützende Hand über die Referate hält und sie mit Ausgaben segnet - und dies auch zwischen den Haushalten. Die Stadtkämmerei muss dann immer rudern und die erhöhten Mittel beschaffen.

In Zeiten voller Kassen, so wie (noch) derzeit, eine relativ leichte Übung. Rächen wird dies sich, wenn die Einnahmen wieder einbrechen - und damit bin ich bei meinem nächsten Punkt.

3. Makulatur als fehlbedrucktes Papier: Die Einnahmenseite des Haushalts

Der Haushalt ist Makulatur, da sich die Einnamenschätzung bei der Gewerbesteuer i.H.v. EUR 1,77 Mrd. nicht erfüllen wird. Es ist auch kein Geheimnis, woran das liegt. Wir sehen derzeit eine dramatische internationale Finanzkrise, die von Woche zu Woche in ihrer Bedrohlichkeit zunimmt. Als der Haushalt geplant wurde, konnte dies in seiner Tragweite noch nicht überschaut werden - ja, man kann es auch heute noch nicht überschauen. Sicher ist aber, dass es bereits einen Münchner DAX30-Wert getroffen hat - die Hypo Real Estate. Von diesem Unternehmen haben wir - trotz der sogenannten Revitalisierung der Gewerbesteuer, die letztlich zu einer Besteuerung von Aufwendungen führt, in 2009 sicher keine Gewerbesteuer zu erwarten und schlimmer, Gewerbesteuer wird zunächst in Form von Vorauszahlungen geleistet. Diese müssen zurückgezahlt werden, wenn der erwartete Gewinn nicht realisiert wird.

Wir wissen nicht, welche großen Münchner Unternehmen noch betroffen sein werden. Aber hier zeigt sich jedenfalls die große Schwäche der Gewerbesteuer. Sie ist stark konjunkturabhängig, was bei kleinen Dellen noch ausgeglichen werden kann. Bei großen Einbrüchen, wie wir sie erwarten müssen, wird die Finanzlage der Kommunen jedoch dramatisch. Der Versuch, die Konjunkturabhängigkeit durch die Einbeziehung von Aufwendungen wie beispielsweise Mieten und Zinsen abzumildern, verschärft in schlechten wirtschaftlichen Zeiten auch noch die Situation der Unternehmen. Er ist völlig untauglich und man kann nur hoffen, dass dieser großkoalitionäre Murks nach der nächsten Bundestagswahl wieder hinweggefegt wird.

Unnötig darauf hinzuweisen, dass die FDP seit Jahren und auf allen Ebenen eine Reform der Gemeindefinanzen fordert, welche die Gewerbesteuer aufgrund ihrer eklatanten Schwächen, die nicht nur bei den unsicheren Einnahmen, sondern auch bei der Belastung der Wirtschaft im internationalen Vergleich liegen, ersetzt.

Keiner weiß, welche Auswirkungen die Finanzkrise noch haben wird. Aber eines scheint sicher: Es wird zu dramatischen Einnahmeausfällen, wenn nicht in diesem, dann spätestens im nächsten Jahr bei der Gewerbesteuer kommen. Und spätestens dann wird an eine weitere Entschuldung, die vom Herrn Oberbürgermeister so gepriesen wird, unmöglich werden. Außerdem: Wo entschuldet wird, wurden zuvor Schulden gemacht - wer erinnert sich noch? Das waren ebenfalls wirtschaftlich schlechte Zeiten (und der nicht ganz durchgerechneten Steuerreform einer rot-grünen Bundesregierung) mit einem Wegbrechen der Gewerbesteuer.

Und da preist die Stadt nun, dass wir uns zwar verschuldet haben, jetzt die Schulden aber zurückführen (was ich für das nächste Jahr bezweifle) und dabei all das schöne Tafelsilber behalten haben. Prima - und es wird Sie überraschen, dass ich derzeit auch gegen einen Verkauf der städtischen Wohnungen wäre. Ganz einfach, weil wir den besten Zeitpunkt vor ca. 2 Jahren für einen Verkauf verpasst haben. Dresden hat es genau richtig gemacht - hier wurden auf dem Höhepunkt der Immobilienpreise verkauft und die Stadt wurde komplett entschuldet. Das eröffnet Handlungsspielräume in wirtschaftlich schweren Zeiten - nicht das ideologische Festhalten am sog. Tafelsilber. Wenn wir die städtischen Wohnungen verkaufen, wird keine einzige dieser Wohnungen aus München verschwinden. Ja, es werden nicht einmal die Belegungsrechte tangiert. Es ändert sich damit de facto für jetzige und künftige Bewohner nichts. Nur die Stadt könnte ihre Schulden abbauen. Ich verstehe nicht, warum Sie sich dieser Lösung des städtischen Schuldenproblems weiterhin verschließen. Aber, wie gesagt, im Moment haben Sie uns auf Ihrer Seite - derzeit sind zu wenig potentielle Investoren am Markt.

Gesagtes gilt natürlich auch für die Stadtwerke. Dass bei den Stadtwerken trotz städtischer Beteiligung nicht nur städtische Engerl am Werk sind, zeigt uns in dankenswerter Akribie der Kollege Offman immer wieder aufs Neue. Warum sich das Gebaren der Stadtwerke verschlechtern soll, wenn man zumindest Teile privatisiert, erschließt sich mir nicht.

Nur eines muss an dieser Stelle deutlich gesagt werden: Bei der Forderung der Privatisierung der Stadtwerke nehmen wir die Wasserversorgung ausdrücklich aus. Die Münchner FDP ist gegen eine Privatisierung der Wasserversorgung, da es sich hier um ein natürliches Monopol handelt, für welches der Markt versagt. Herr Oberbürgermeister, bitte nehmen Sie dies zur Kenntnis und schüren Sie nicht die Angst vor einer Privatisierung mit dem Hinweis auf das Wasser. Dieses Thema eignet sich natürlich gut für diese Zwecke, es entspricht aber einfach nicht den Tatsachen.

Die Finanzkrise wird uns also hart treffen und mir wäre es lieber gewesen, sie würde auf ein schuldenfreies München treffen. Dass kommunale Entschuldung möglich ist, haben Dresden und Düsseldorf vorgemacht. Warum soll das, was dort möglich war, nicht auch bei uns funktionieren? Natürlich erst, wenn die wirtschaftlichen Rahmendaten wieder besser sind.

Wenn wir von der Finanzkrise sprechen, sprechen wir auch von den Geldanlagen der Stadt. Die Stadt muss hohe Liquidität anlegen und kann dabei nicht die selben Schutzmechanismen in Anspruch nehmen, wie Privatanleger.

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich die Kämmerei vor Kritik in Zusammenhang mit Verlusten im Zuge der Finanzkrise in Schutz nehmen. Leider war hier vereinzelt auch aus Reihen des Stadtrats das böse Wort „Spekulation“ zu hören, oder es wurde gar gesagt, die Kämmerei habe EUR 4 Mio. „verzockt“.

Beides trifft nicht zu. Die Stadt spekuliert nicht, sie legt ihren Bestand an liquiden Mitteln an. Dabei achtet sie darauf, die Eier auf mehrere Körbe zu verteilen. Der Korb mit der Aufschrift „Lehman Brothers“ ist nun leider zu Boden gefallen. Die Eier sind kaputt - aber die anderen Körbe stehen im Regal - die Eier sind noch intakt. Wer nun Angst davor hat, alle Körbe könnten hinabfallen, der hat Angst vor einem Erdbeben. Wenn dieses kommt, dann sind nicht nur die Münchner Eier kaputt - dann können wir gleich ein weltwirtschaftliches Omelette servieren. Uns bringt es aber nichts, aus Angst hiervoor das Geld der Stadt in den vorhandenen Tresor im Kassen- und Steueramt zu legen - denn dann verlieren wir mit Sicherheit - nämlich die laufenden Zinsen, die derzeit nicht niedrig sind. Insofern kann von Zockerei in der Stadtkämmerei nicht die Rede sein. Im Gegenteil - der vergleichsweise geringe Verlust von rd. EUR 4 Mio. zeigt, dass nicht gezockt wird. Außerdem steht dieser Verlust einem Gewinn aus den städtischen Geldanlagen von rd. EUR 80 Mio. gegenüber.

4. Makulatur beim Tapezieren

Kommen wir zum Schluss wieder zu einer positiven Bedeutung des Begriffs „Makulatur“: Beim Tapezieren ist Makulatur die Untertapete als Gemisch aus Altpapier und Kleister. Sie ist sehr nützlich, denn man benutzt sie, um Unebenheiten der Wand auszugleichen. Da die Makulatur, die man aus der gedruckten Auflage des Haushalts gewinnen könnte, nie und nimmer ausreichen würde, die Unebenheiten des städtischen Haushalts auszugleichen, halte ich mich mit weiteren Verwendungsvorschlägen für die dicken Bücher an dieser Stelle lieber zurück.

5. Ausblick

Lassen wir die Ironie wieder beiseite: Uns von der FDP ist sehr daran gelegen, die Finanzen der Stadt auch in wirtschaftlich turbulenten Zeiten zu sichern und auf eine solide Basis zu stellen.

Ganz konkret rufen wir Ihnen zu: Lassen Sie uns gemeinsam mehr Haushaltsdisziplin wahren, so, wie ich sie oben skizziert habe. Nicht um weniger Ausgaben geht es uns dabei zunächst (wir müssen realistisch einsehen, dass wir hier bei Ihnen auf Granit beißen), sondern wenigstens um das Einhalten geübter Abläufe zur Einplanung von Ausgaben, so wie sie bei Bund und Ländern gebräuchlich sind.

Lassen Sie uns des weiteren nach Abklingen der weltweiten Finanzkrise über Wege aus der Schuldenfalle (die nach meiner Prognose im nächsten Jahr wieder gnadenlos zuschnappen wird) nachdenken und dabei keine ideologischen Scheuklappen aufsetzen.

Dann können Sie von uns aus auch gerne den Haushalt weiterhin als Grundlage für Ihre rot-grüne Außenwerbung nutzen - und damit im besten Sinne als Makulatur.



Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München
am 8. Oktober 2008

Münchens Personalhaushalt 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Einbringung des Personalhaushaltes ist traditionell zugleich Anlass zur Betrachtung und Würdigung wichtiger Ereignisse und Entwicklungen im noch laufenden Haushaltsjahr und für einen Ausblick.

I.

Besonderer medialer Aufmerksamkeit erfreute sich der Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst. Das wäre an sich nicht ungewöhnlich gewesen, hätten sich nicht allerlei prominente Ratgeber aus Bund und Ländern in die Kommentatorenriege eingereiht, allesamt getragen von aufrichtiger Sympathie für die gewerkschaftlichen Forderungen (8 % Entgeltsteigerung und 200 Euro Mindestbetrag bei einer Laufzeit von 12 Monaten). Das machte der Arbeitgeberseite das Geschäft nicht unbedingt leichter, zumal auch Meinungsumfragen zufällig ein ähnliches Bild ergaben. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage gelang es am 31. März 2008 sich auf einen Tarifabschluss zu verständigen - nach fünf Verhandlungsrunden, einer zweiwöchigen Schlichtung und abschließenden dreitägigen harten und intensiven Verhandlungen. Die Tabellenentgelte wurden rückwirkend ab dem 1. Januar 2008 um einen Festbetrag in Höhe von 50 Euro sowie linear um 3,1 % erhöht. Ab dem 1. Januar 2009 erfolgt eine weitere Erhöhung der Tabellenentgelte um 2,8 %. Der Festbetrag bedeutet im Durchschnitt aller Beschäftigten 2 % Kostenbelastung. Zusammen mit der linearen Erhöhung des Tabellenentgelts beträgt

das Volumen für das Jahr 2008 damit insgesamt 5,1 %. Für das Jahr 2009 kommen weitere 2,8 % hinzu, so dass die tabellenwirksame Erhöhung sich über die Laufzeit von 24 Monaten auf insgesamt 7,9 % addiert. Zusätzlich wird im Januar 2009 eine Einmalzahlung in Höhe von 225 Euro fällig. Insgesamt addieren sich die aus dem Tarifabschluss ergebenden Entgelterhöhungen bei einer 24-monatigen Laufzeit auf ein Volumen von 8,65 %. Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt im Tarifgebiet West seit dem 1. Juli 2008 einheitlich 39 Stunden.

Es fiel den Verhandlungsführern auf beiden Seiten nicht leicht, diesen Kompromiss in den jeweiligen Gremien mehrheitsfähig zu machen. Gerade der Arbeitgeberseite hat dieses Ergebnis einiges abverlangt. Die Gewerkschaften waren getragen von den damals noch guten Wirtschaftsdaten und der positiven Entwicklungen der Steuereinnahmen. Richtig war und ist aber auch, dass die Beschäftigten der Kommunen und kommunalen Unternehmen in den letzten Jahren keine linearen Steigerungen erfahren hatten und durch die Einmalzahlungen der letzten drei Jahre im Vergleich zur Privatwirtschaft ins Hintertreffen geraten waren.

Was wäre die Alternative zur Zustimmung zu dem Tarifabschluss gewesen? Die Zeichen standen eindeutig und unzweifelhaft auf Streik. Damit galt es letztlich abzuwägen zwischen einem Tarifabschluss, der allerdings manche Arbeitgeber in ernsthafte Schwierigkeiten bringt und einem flächendeckenden Arbeitskampf mit allen seinen negativen Auswirkungen.

Für den Gemeindehaushalt führt der Tarifabschluss zu einer Mehrbelastung von insgesamt 52,837 Mio. Euro (verteilt auf 27,903 Mio. Euro im Jahr 2008 und 24,934 Mio. Euro in 2009). Dem steht eine theoretische Einsparung von 7,8 Mio. Euro durch die Arbeitszeitverlängerung von 38,5 auf 39 Stunden entgegen.

Verantwortliche Personalpolitik muss sicherstellen, dass die Stadt weiterhin über eine moderne, leistungsfähige Verwaltung verfügt, als sichere, soziale Arbeitgeberin am Markt präsent ist und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht wird.

Die Stadt hat in den aller meisten Fachrichtungen derzeit keine ernsthaften Personalgewinnungsprobleme. Die Zahl der Bewerbungen übersteigt die besetzbaren Stellen regelmäßig um ein Vielfaches (6,2 Bewerbungen pro ausgeschriebener Stelle). Anders verhält sich dies aktuell im IT-Bereich und im Erziehungsdienst. Dort sind bereits jetzt ernsthafte Engpässe bei der Personalgewinnung festzustellen. Zwar liegen auch hier die Bewerberzahlen noch über den Zahlen der zu besetzenden Stellen, eine Stellenbesetzung scheidet jedoch häufig an mangelnder Qualität der Bewerber/innen. Im IT-Bereich gestaltet sich die Personalgewinnung auch deswegen schwierig (aktuell sechs erfolglose externe Ausschreibungen), weil das geltende Tarifrecht derzeit oft keine marktgerechten Gehälter zulässt. Andererseits hat die Landeshauptstadt auch hier Einiges zu bieten, so insbesondere spezielle fachliche Herausforderungen wie die Implementierung von LiMux, Standortsicherheit, geregelte Arbeitszeiten und mit der Privatwirtschaft in aller Regel nicht vergleichbare Möglichkeiten der Vereinbarung von Beruf und Familie.

Die Engpässe bei der Gewinnung von Erzieherinnen und Erziehern (absehbare Deckungslücke in den kommenden Jahren jeweils zwischen 100 und 150) resultieren im Wesentlichen aus dem inzwischen bundesweiten Ausbau der Kinderbetreuung und der Unterschreitung des staatlich empfohlenen Betreuungsschlüssels, die einen wesentlichen Beitrag zur hohen Betreuungsqualität in den städtischen Einrichtungen leisten. Die Aktivitäten der Stadt als Arbeitgeberin, dem Erzieher/innenmangel entgegen zu wirken, waren Gegenstand des Beschlusses der Vollversammlung vom 23. Januar 2008. Die dort angesprochene Werbekampagne zur Personalgewinnung ist unterdessen konzipiert und wird voraussichtlich noch im Oktober anlaufen.

Absehbar, aber noch nicht akut sind Personalgewinnungsprobleme bei Bau- und Sicherheitsingenieuren. Auch hier ist die Bewerberlage schwierig, offene Stellen konnten aber bisher noch stets besetzt werden.

Bei allen Konsolidierungszwängen wird es auch im Jahr 2009 keine betriebsbedingten Kündigungen geben; unsere Beschäftigten können sich auf einen sicheren Arbeitsplatz bei der Münchner Stadtverwaltung verlassen. Wir halten an unserer hohen Ausbildungsquote auch zum Anstellungstermin 2008 fest und haben zugleich in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding einen neuen dualen Studiengang „Public-Management“ eingerichtet. 1.600 Seminare mit rund 18.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern zeigen das anhaltend hohe Engagement im Bereich der Fortbildung und Qualifizierung. Wir fördern verstärkt die Integration leistungsgeminderter Dienstkräfte (Aufstockung des Sozialfonds von 2 Mio. Euro auf 3 Mio. Euro, in 2009 um eine weitere Mio. auf 4 Mio.) und schwerbehinderter Menschen. Für die städtischen Aktivitäten in der Gleichstellungspolitik erhielten wir im Mai 2008 zum vierten Mal in Folge den „total e-quality award“ verliehen. Im Rahmen der Betrieblichen Gesundheitsförderung gab es neben Gesundheitszirkeln in verschiedenen Referaten und Dienststellen groß angelegte stadtweite Präventionsmaßnahmen gegen Diabetes, Hautkrebs und Darmkrebs (letztere wurde im April 2008 von der Felix-Burda-Stiftung ausgezeichnet).

Mir liegt daran, mit den genannten Beispielen aufzuzeigen, dass wir weiterhin auf eine dem beschriebenen Sinn wertorientierte Personalpolitik setzen.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch die Neuausrichtung des uns vom Beamtenrecht vorgegebenen Instrumentes der Dienstlichen Beurteilung sowie die leistungs- bzw. erfolgsorientierte Bezahlung.

Auch wenn die Auswertung noch nicht komplett abgeschlossen ist, lässt sich bereits jetzt sagen, dass es uns bei den Dienstlichen Beurteilungen gelungen ist, den Anteil der Spitzenbeurteilungen (Beurteilungsstufen 1 und 2 bei fünf-stufiger Beurteilungsskala) von teilweise über 80 % auf knapp über 50 % zu senken. Sie können sich vorstellen, dass dies in vielen Fällen mit erheblichen Konflikten verbunden war. Gleichwohl war die Änderung dringend notwendig, um eine aussagekräftigere Beurteilungspraxis herbeizuführen, zu der wir im Übrigen auch rechtlich verpflichtet sind. Positiv zu vermelden ist auch, dass die Zahl der Rechtsstreitigkeiten weit hinter manchen Befürchtungen zurück blieb (bisher 58 Widersprüche stadtweit).

Die leistungsorientierte Bezahlung soll dazu beitragen, die Effizienz und Effektivität zu steigern, die Dienstleistung zu verbessern und die Motivation und Eigenverantwortung der Beschäftigten zu stärken.

Eine vom POR durchgeführte Mitarbeiterbefragung hat erhebliche Vorbehalte bei den Beschäftigten zu Tage befördert. Es wird nun Aufgabe der nächsten Wochen und Monate sein, diese Kritik aufzugreifen und dort, wo dies notwendig und sinnvoll ist, Veränderungen vorzunehmen. Auch wenn es in der Tarifrunde 2008 nicht gelungen ist, das Volumen für die leistungsorientierte Bezahlung zu erhöhen, haben sich die Tarifvertragsparteien doch darauf verständigt, die leistungsorientierte Bezahlung an sich fortzuentwickeln.

II.

Prägend für den aktuellen Stand der Personalwirtschaft in der Münchner Stadtverwaltung sind im Detail folgende Fakten und Kennzahlen:

1. Personalstand und Stellenplan 2008

1.1 Personalstand Stadt München gesamt (inkl. Auszubildende, Stand Juli 2008)

Bezieht man die Eigenbetriebe und Stiftungen in die Betrachtung mit ein, so lässt sich eine Zunahme des Personalstands feststellen (+ 693 Dienstkräfte).

	Juli 2007	Juli 2008	Veränderung
Beamte	9.669	9.726	57
Tarifbeschäftigte	19.076	19.636	560
Summe	28.745	29.362	617
Personal in Ausbildung*	742	818	76
Summe	29.487	30.180	693
Beschäftigte ohne Zahlungen**	2.636	2.534	-102
Gesamtsumme	32.123	32.714	591

*Zum Personal in Ausbildung zählen Beamtenanwärter/-innen, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

** Beurlaubte und sonstige Beschäftigte ohne Zahlungen

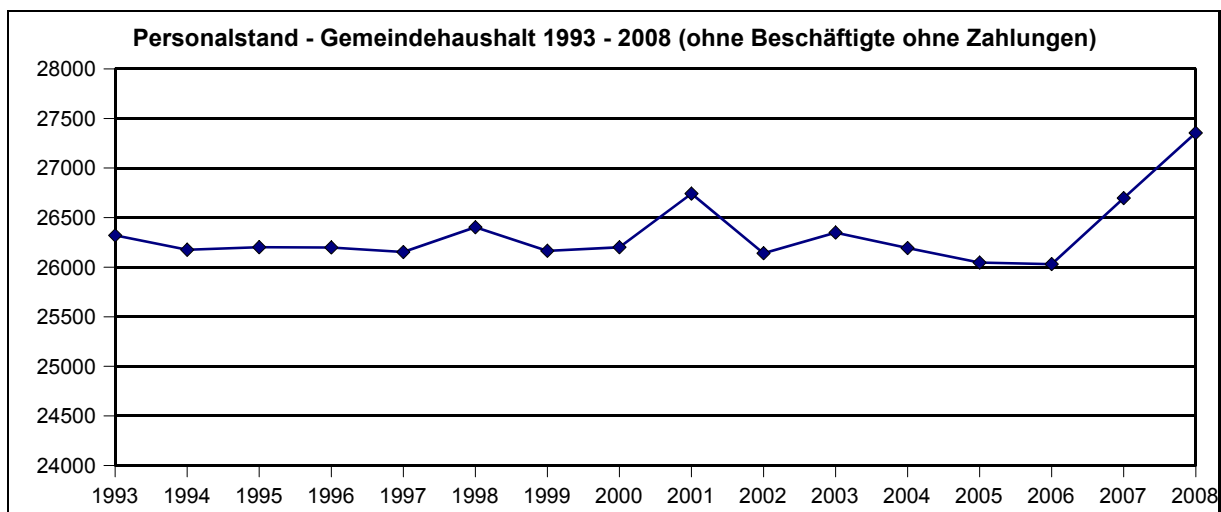
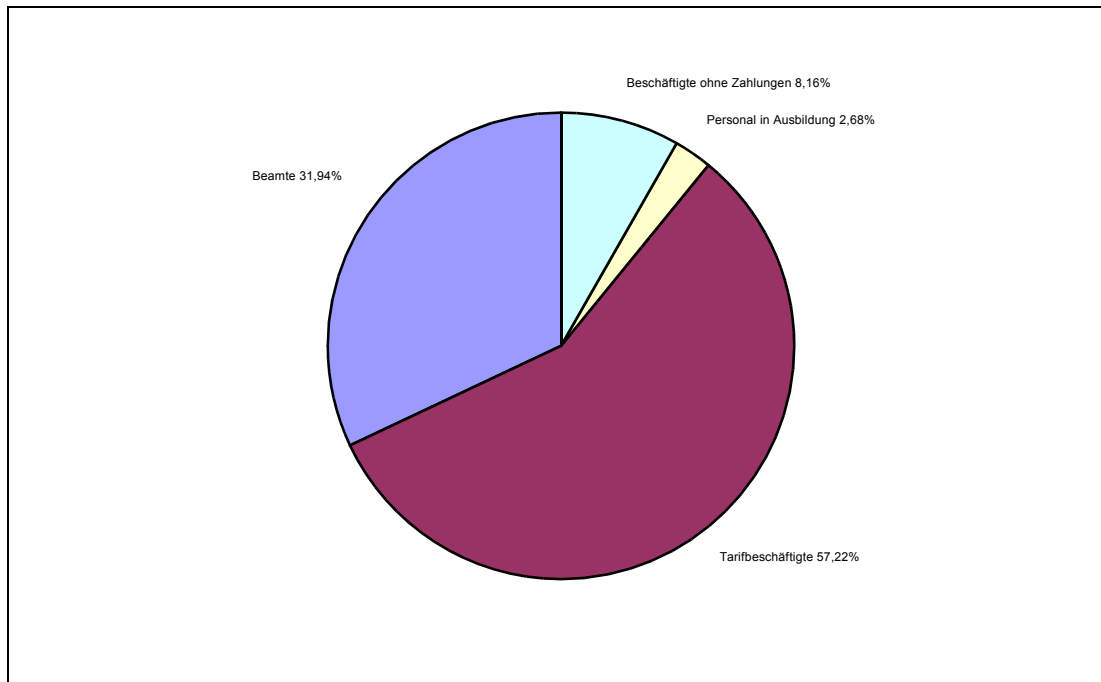
1.2 Personalstand - Gemeindehaushalt (ohne Beurlaubte, Stand Juli 2008)

Der Personalstand im Gemeindehaushalt lag im Juli 2008 bei 27.354 Beschäftigten (2007: 26.697) und übersprang damit erstmals seit vielen Jahren wieder die 27.000-Grenze. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus zusätzlichen Ausbildungsplätzen (76), zusätzlichen Dienstkräften bei der Kinderbetreuung (175), bei den Schulen (198), bei der ARGE (40), den zentralen Ansätzen (47), im Bereich der öffentlichen Ordnung (60) und der Verkehrsüberwachung (54). Fallzahlensteigerungen und die Übernahme zusätzlicher Aufgaben in weiteren hier nicht einzeln genannten Bereichen führten 2008 zu weiteren Personalmehrungen (ca. 300). Gleichzeitig konnte auch 2008 der nach dem 4. Haushaltssicherungskonzept vorgesehene Konsolidierungsbeitrag von diesmal rund 1 Mio. Euro erbracht werden. In der Summe bedeutet das, dass der Weg der Haushaltskonsolidierung im Personalbereich auch 2008 erfolgreich fortgesetzt werden konnte.

	Juli 2007	Juli 2008	Veränderung
Beamte	9.478	9.512	34
Tarifbeschäftigte	16.490	17.043	553
Summe	25.968	26.555	587
Personal in Ausbildung*	729	799	70
Summe	26.697	27.354	657
Beschäftigte ohne Zahlungen**	2.557	2.430	-127
Gesamtsumme	29.254	29.784	530

* Zum Personal in Ausbildung zählen Beamtenanwärter/-innen, Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten.

** Beurlaubte und sonstige Beschäftigte ohne Zahlungen



1.2.1 Anteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit anderer Staatsangehörigkeit

In München leben 312.165 Einwohnerinnen und Einwohner ohne deutschen Pass (Stand 31.07.2008), was einem Anteil von 23,0 % an der Bevölkerung entspricht.

Der Anteil nichtdeutscher Kolleginnen und Kollegen beträgt seit letztem Jahr fast unverändert

stadtweit bei den Tarifbeschäftigten 14,34 % (Vorjahr: 14,31 %), bei den Beamtinnen und Beamten 0,27 % (Vorjahr: 0,20 %), insgesamt 9,63 % (Vorjahr: 9,58 %).

1.2.2 Stellenplan

Per Saldo haben wir im Gemeindehaushalt vom 01.08.2007 mit 31.07.2008 einen Zuwachs des Stellenbestandes um 571 Stellen zu verzeichnen. Diese Steigerung beruht auf der Wahrnehmung neuer Aufgaben sowie dem Zugang von Dienstkräften in die Freistellungsphase der Altersteilzeit.

Der Bestand an Stellen im Organisationsstellenplan eines Referates ist an die Aufgaben gebunden. Kann ein Referat aufgrund der Budgetlage nicht mehr alle zur Aufgabenerledigung organisatorisch erforderlichen Stellen besetzen, hat dies nicht zwangsläufig zur Folge, dass diese Stellen auch eingezogen werden. Im Gegenzug gibt es nach wie vor neue Aufgaben aufgrund von Gesetzesänderungen, Stadtratsbeschlüssen oder auch Ausweitungen bestehender Aufgaben, wofür Stellen eingerichtet werden müssen. Im vergangenen Betrachtungszeitraum (August 2007 mit Juli 2008) waren dies neben Zuwächsen bei der Kinderbetreuung oder in der Freistellungsphase der Altersteilzeit beispielsweise „Parkraummanagement“, „Einrichtung Umweltzone“, „MIT-KonkreT“, „LiMux“, „Übergang staatliches Veterinäramt“.

Stellenstand Gemeindehaushalt			
	Juli 2007	Juli 2008	Veränderung
Beamte	12.520*	12.757	237
Tarifbeschäftigte	14.249*	14.583	334
Gesamtsumme	26.769*	27.340	571

*Korrektur des Stellenstandes aufgrund Anpassung der Datenverarbeitung an die Einführung von paul@

1.3 Personalstand der Eigenbetriebe und Stiftungen* (Stand Juli 2008)

	Juli 2007	Juli 2008	Veränderung
Beamte	191	214	23
Tarifbeschäftigte	2.586	2.593	7
Summe	2.777	2.807	30
Personal in Ausbildung**	13	19	6
Summe	2.790	2.826	36
Beschäftigte ohne Zahlungen***	79	104	25
Gesamtsumme	2.869	2.930	61

* Eigenbetriebe: Münchner Stadtentwässerung, Abfallwirtschaftsbetrieb München, Markthallen München, Landwirtschaftliche Betriebe, Kammerspiele; Stiftungen: Heilig-Geist-Spital-Stiftung, Forst Kasten, Münchner Waisenhaus

** Zum Personal in Ausbildung zählen Auszubildende, Praktikantinnen und Praktikanten

*** Beurlaubte und sonstige Beschäftigte ohne Zahlungen

2. Ausbildung

Einen besonderen Schwerpunkt legt das Personal- und Organisationsreferat auch weiterhin auf die Ausbildung von Nachwuchskräften, um möglichst vielen Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu bieten.

Der Ausbildungsmarkt im Großraum München hat sich mittlerweile entspannt. Hatten wir noch vor zwei Jahren die Situation, dass auf einen angebotenen Ausbildungsplatz drei Bewerber-

rinnen und Bewerber kamen, so kann sich nun statistisch eine Bewerberin/ein Bewerber zwei

Ausbildungsplätze aussuchen. Zum Ausbildungsbeginn im September 2008 waren in München demzufolge immer noch Ausbildungsplätze unbesetzt.

Dennoch konnte die Landeshauptstadt München heuer 283 neue Nachwuchskräfte (Vorjahr: 312) für eine Ausbildung gewinnen. Damit haben wir die Selbstverpflichtung des Münchner Stadtrates, jährlich 270 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen zum zweiten Mal in Folge übertroffen. Bei unseren städtischen Eigenbetrieben begannen 19 junge Menschen (Vorjahr: 13) eine Ausbildung.

Im Bereich des gehobenen Verwaltungsdienstes geht das POR neue Wege. Neben der klassischen Beamtenausbildung an der Fachhochschule in Hof bieten wir heuer erstmals in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding 23 Abiturienten einen dualen Studienplatz für den Studiengang Public Management mit einem Bachelor-Abschluss an. Bei erfolgreichem Abschluss können diese als Tarifbeschäftigte im gehobenen Dienst eingesetzt werden.

Wie auch in den vergangenen Jahren möchten wir unsere Bemühungen fortsetzen, verstärkt Jugendliche mit Migrationshintergrund für eine Ausbildung bei der Landeshauptstadt München zu gewinnen. Hier arbeiten wir auch eng mit dem Ausländerbeirat zusammen. Unser Engagement ist mittlerweile selbst deutschlandweit auf große Resonanz gestoßen. Bei der bundesweiten Kampagne „Vielfalt als Chance“ bekam die Landeshauptstadt München im gleichnamigen Wettbewerb, ausgelobt von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Frau Prof. Dr. Maria Böhmer in der Kategorie öffentliche Verwaltung im März dieses Jahres im Bundeskanzleramt den 1. Preis verliehen.

Die aktuellen Zahlen zum Migrationshintergrund unserer Nachwuchskräfte werden dem Stadtrat mit der alljährlichen Bekanntgabe „Ausbildung im Hoheitsbereich; Berichterstattung über das Einstellungsjahr 2008 sowie Berichterstattung über den Migrationshintergrund der Nachwuchskräfte im Hoheitsbereich und beiden städtischen Gesellschaften“ Anfang Dezember 2008 vorgelegt.

Auch heuer werden rund 18 Mio. Euro (Vorjahr: 17 Mio. Euro) für die Ausbildung veranschlagt. Darin sind neben Personalausgaben für die Nachwuchskräfte und verschiedene Ausbildungsbereiche und -abteilungen Raumkosten, sowie Gebühren für die Bildungsinstitute enthalten, beispielsweise für die Bayerische Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege, die Fachhochschule für angewandtes Management und die Bayerische Verwaltungsschule enthalten.

3. Fortbildung

1.600 Fortbildungsseminare und Qualifizierungen mit rund 18.000 städtischen Teilnehmerinnen und Teilnehmern: Zahlen, die wieder einmal beweisen, welchen hohen Stellenwert die Fortbildungsarbeit bei der Landeshauptstadt München genießt.

Im Bereich der Allgemeinen Fortbildung werden sich die Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen auch 2009 wieder auf dem hohen Niveau der Vorjahre bewegen. Geplant sind ca. 600 Seminare und Workshops, womit 8.250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Angebote der Allgemeinen Fortbildung nutzen werden.

Eindeutiger Schwerpunkt der Fortbildungsarbeit bleibt weiterhin die Entwicklung der Führungs- und Führungsnachwuchskräfte. Im Rahmen unseres Strategieprojektes Bildungsplanung werden wir die Qualifizierung der erfahrenen Führungskräfte überarbeiten und damit die Grundlagen schaffen, auch diesen für das Gelingen von Veränderungsprozessen so wichtigen Personenkreis stärker als bisher in die Fortbildung zu integrieren.

Ein weiterer Schwerpunkt wird 2009 bei Fortbildungen zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz liegen. Während ca. 1.200 obere Führungskräfte und Personalverantwortliche in Präsenzseminaren verpflichtend zu schulen sind, werden wir einem breiteren Adressatenkreis ein E-Learning-Programm zur Verfügung stellen.

Im Bereich der IT-Fortbildung wird das Fortbildungsjahr 2009 wie in den Vorjahren signifikant von der stadtweiten LiMux- und OpenOffice Migration geprägt sein. Von den voraussichtlich 1.000 durchzuführenden Seminaren zu Themen der Informationstechnologie werden ca. 600 Veranstaltungen den Umstieg auf freie Softwareprodukte behandeln.

Darüber hinaus wird im Bereich E-Learning auf die durchaus erfreulichen Nutzungszahlen des E-Learning-Angebots „LiMux-Lernwelt“ aufgebaut. Wir wollen das Lernangebot zum eigenständigen Lernen am Arbeitsplatz-PC um gesamtstädtisch relevante Themen erweitern.

Für Führungskräfte werden wir im Jahr 2009 Fortbildungsmaßnahmen entwickeln, die speziell auf die Steigerung ihrer IT-Kompetenz ausgerichtet sind.

Daneben rücken die älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr und mehr in den Fokus der IT-Fortbildung. Auch für sie wird 2009 ein spezielles Seminarangebot rund um den PC erarbeitet.

Wir decken den gesamtstädtischen Fortbildungsbedarf nicht nur quantitativ auf einem sehr hohen Niveau. Mit der Entwicklung eines systematischen Bildungscontrollings wollen wir uns ein Instrument schaffen, mit dem wir die Wirksamkeit unserer Bildungsarbeit gezielt steuern und ihre Qualität sichern können.

Neben dem Kommunalreferat, dem Direktorium und dem Sozialreferat, die mit der Umsetzung bereits begonnen haben, wird das RGU und ein weiteres Pilotreferat im Jahr 2009 mit der Einführung beginnen.

Die Bildungsarbeit ist und bleibt für das POR ein strategisch wichtiges Feld. Dies haben wir mit einem eigenen Strategieprojekt „Bildungsplanung“ untermauert. Dieses Projekt wird sich auch mit der Frage befassen, wie wir die Referate in die Lage versetzen können, ihren Fortbildungsbedarf künftig auch für mittel- und längerfristige Zeiträume zu erheben. Zusätzlich wird sich das Projekt der Frage der interkulturellen Kompetenz annehmen und prüfen, wie wir die Referate bei diesem zukünftig immer wichtiger werdenden Thema noch besser unterstützen können.

Für die DV-Fortbildung sind 592.000 Euro veranschlagt. Für die allgemeine Fortbildung stehen 1,487 Mio. Euro im Haushalt.

4. Teilzeit

Die Stadt München fördert bereits seit Jahren Teilzeitarbeit, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu unterstützen. Die weitere Steigerung der Teilzeitquote von 27,25 % (34,5 % inkl. Altersteilzeit) im Vorjahr auf 27,82 % (34,5 % inkl. Altersteilzeit) macht deutlich, dass wir eine Arbeitgeberin sind, die familiengerechte Arbeitszeiten ermöglicht und in wirtschaftlich vertretbarem Umfang unterstützt. Teilzeit aus anderen, nicht familienbezogenen Gründen ist ebenfalls möglich.

Teilzeitquote im Gemeindehaushalt (Stand Juli 2008)

	Teilzeit	Altersteilzeit	Vollzeit	Gesamt*	Teilzeit- quote	inkl. Altersteilzeit
Beamte	2.020	564	6.928	9.512	21,24%	27,2%
Tarifbeschäftigte	5.368	1.207	10.468	17.043	31,50%	38,6%
Summe	7.388	1.771	17.396	26.555	27,82%	34,5%

*ohne Personal in Ausbildung und ohne Beurlaubte

Unterhältige Teilzeit soll vor allem eine frühe Rückkehr (möglichst innerhalb von drei Jahren) aus einer Familienpause unterstützen, wird aber langfristig sowohl für die Beschäftigten als auch für die Dienststellen als unvorteilhaft betrachtet. Um längerfristige berufliche und wirtschaftliche Nachteile für Teilzeitkräfte zu vermeiden, werden Perspektiven zur Erhöhung des Stundenmaßes nach dem Wiedereinstieg und zur beruflichen Weiterentwicklung geboten. Teilzeit mit der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit und mehr bietet nicht nur finanzielle Vorteile für die Beschäftigten, sondern auch bessere Möglichkeiten zur beruflichen Weiterentwicklung und eine bessere soziale Absicherung im Alter.

Mit einer raschen Rückkehr in den Beruf kann, gerade in Anbetracht des demographischen Wandels, dem zu erwartenden Fachkräftemangel entgegen gesteuert werden. Zugleich nutzen wir die Ausbildungsinvestitionen sowie das bewährte Know-How der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5. Altersteilzeit (ATZ) für Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte

Altersteilzeit erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Ab dem 60. Lebensjahr besteht ein Rechtsanspruch auf Altersteilzeit. Bei den 55- bis 59-jährigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen Rechtsanspruch nicht haben, haben wir im Jahr 2006 die Genehmigungspraxis auf eine neue Grundlage gestellt. Die Genehmigung einer Altersteilzeit muss zwingend zu Einsparungen führen. Würde die Genehmigung der ATZ ohne diese Einschränkung erfolgen, hätten wir Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich. In der Freistellungsphase befinden sich derzeit 960 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

5.1 Altersteilzeit für Beamtinnen und Beamte

Derzeit machen 564 Beamtinnen und Beamte (Vorjahr: 601) von der Möglichkeit der Altersteilzeit Gebrauch, davon sind 366 Männer (Vorjahr: 398) und 198 Frauen (Vorjahr: 203). 509 haben sich für das Blockmodell (Vorjahr: 535), 55 für das Teilzeitmodell (Vorjahr: 66) entschieden.

5.2 Altersteilzeit für Tarifbeschäftigte

Im Tarifbereich sind derzeit 1.197 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Altersteilzeit (Vorjahr: 1.281), davon 477 Männer (Vorjahr: 504) und 720 Frauen (Vorjahr: 777). Der größte Teil der Beschäftigten, nämlich 1.161 (Vorjahr: 1.230), hat sich für das Blockmodell entschieden, 36 wählten das Teilzeitmodell (Vorjahr: 51).

6. Leitsätze 2000: Frauen in Führungspositionen

Im Bereich des Gemeindehaushaltes gibt es insgesamt 2.593 Führungskräfte sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter verteilt über alle Laufbahn- und Besoldungs- und Entgeltgruppen. 46,3 % der Stelleninhaber sind Frauen – im Vergleich zu 44,8 % im Jahr zuvor – stellt dies eine erneute Steigerung dar. Damit liegt die Landeshauptstadt weit über dem Frauenanteil in Spitzenpositionen der Privatwirtschaft.

500 Führungskräfte sowie Stellvertreterinnen und Stellvertreter üben ihre Funktion in Teilzeit aus (Vorjahr: 484), davon 348 Frauen (69,6 %), das sind 13,4 % aller Führungspositionen (Vorjahr: 66,7 % Frauen; 12,5 % aller Führungspositionen).

7. Schwerbehindertenquote

Für das Haushaltsjahr 2007 wurde eine Schwerbehindertenquote von 6,38 % ermittelt.

Schwerbehindertenquote im Gemeindehaushalt						
	2002	2003	2004	2005	2006	2007
zugrunde zu legende Arbeitsplätze	24.881	25.198	25.057	24.175	24.265	23.031
besetzte Pflichtplätze	1.416	1.337	1.484	1.474	1.460	1.470
Quote	5,69%	5,31%	5,92%	6,09%	6,02%	6,38%

Im Haushaltsjahr 2007 wurde das in der städtischen Integrationsvereinbarung angestrebte Ziel, mindestens 6 % schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, mit einer Quote von 6,38 % innerhalb des Hoheitshaushalts erreicht.

Auch gesamtstädtisch (einschließlich Eigenbetriebe) wurde mit 6,38 % die gesetzlich vorgeschriebene Pflichtquote von 5 % erfüllt. Eine Ausgleichsabgabe war nicht zu leisten.

8. paul@

Das Personalmanagementsystem paul@ (Personal-Administrative-Unterstützungsleistungen-@=web-basiert) bildet stadtweit einheitlich das Rückgrat der täglichen Personalarbeit. Nachdem die „Klassiker“ der Personal- und Organisationsarbeit, wie etwa die Personalverwaltung, die Entgeltabrechnung, die Versorgung und der Stellenplan umgesetzt und eine Verknüpfung mit dem Münchner Kommunalen Rechnungswesen realisiert sind, wird das Personalmanagementsystem ständig verbessert und optimiert. Das paul@-Betriebsteam setzt, in enger Zusammenarbeit mit den Fachbereichen, deren Anforderungen an das System um. Die Unterstützung der administrativen Tätigkeiten durch paul@ sowie die Sicherstellung der Bezügezahlung und deren Verbuchung ins MKRw-System laufen mittlerweile reibungslos und in hoher Qualität.

Im Projektbereich von paul@ wurde das Modul Personalkostenplanung und –simulation (PA-CP) erfolgreich und termingerecht im April in Betrieb genommen. Mit diesem neuen paul@-Modul verfügen sowohl das Personal- und Organisationsreferat für die strategische Planung als auch die Referate über ein komfortables Werkzeug für die operative Planung, um die Aufteilung des Referatsbudgets auf Kostenstellen darzustellen. Die mit dem Modul PA-CP erstellten Planungsstände werden über eine Schnittstelle an das Rechnungswesen übergeleitet und dienen als Grundlage für den produktorientierten Haushalt.

Die nächsten Kernthemen im Projektbereich von paul@ werden die Umsetzung eines Bewerbermanagements mit E-Recruiting, ein Releasewechsel auf die aktuelle Programmversion und weitere Module u.a. für das Betriebsarztwesen und die Personalentwicklung sein, die in den kommenden Jahren sukzessive entwickelt und eingeführt werden.

III.

Personalkosten 2009

Die Kalkulation der Personalkosten 2009 erfuhr gegenüber der bisherigen kameralistischen Vorgehensweise erhebliche Veränderungen. Neben den Personalausgaben für den Finanzhaushalt wurden personalwirtschaftliche Rückstellungen für den Ergebnishaushalt errechnet.

Die zu erwartende Teuerung aufgrund der Besoldungs- und Tariferhöhung 2008/2009 wird durch eine Sonderfinanzierung aufgefangen.

Mit dem weiteren Verzicht auf betriebsbedingten Beendigungskündigungen wird wie in den Vorjahren in Kauf genommen, dass in einzelnen Berufsgruppen Personal nicht immer in der kalkulierten Zeit stadtweit umgesetzt werden kann, weil geeignete Einsatzmöglichkeiten in anderen Referaten nicht ad hoc zur Verfügung stehen. Der trotz Lockerung bei der Haushaltskonsolidierung vorhandene Spardruck zwingt die Fachbereiche nach wie vor, auf die Wiederbesetzung von einzelnen frei werdenden Stellen vorübergehend oder dauerhaft zu verzichten. Ich gehe davon aus, dass die Referate ihre Konsolidierungsbeiträge trotzdem erbringen können, indem sie auf alternative Sparmaßnahmen ausweichen (z.B. Einsatz von Sachmitteln oder etwa die Kapitalisierung von Swingunterschreitungen).

Aufgrund der Vorgaben des 4. Haushaltssicherungskonzeptes werden die Referatsbudgets um rund 1,1 Mio. Euro reduziert.

1. Personalausgaben 2009 gesamt

Die Summe der Personalausgaben 2009, einschließlich Beihilfen und Versorgung, beträgt rund 1.465,5 Mio. Euro. Gegenüber dem Stand 2008 (1. NHS) mit 1.386,1 Mio. Euro entspricht dies einer Erhöhung um 79,3 Mio. Euro oder 5,72 %.

€	2008	2009	Veränderung	in %
Aktive (Gr. 490.0)	1.112.450.400	1.173.867.300	61.416.900	5,52%
Versorgung (Gr.490.1)	220.443.400	234.826.700	14.383.300	6,52%
Beihilfe (Gr. 490.2)	53.251.900	56.793.500	3.541.600	6,65%
Gesamt (Gr. 490)	1.386.145.700	1.465.487.500	79.341.800	5,72%
Gesamt Beihilfe und Versorgung (Gr.490.1 und Gr. 490.2)	273.695.300	291.620.200	17.924.900	6,55%

Aufgeschlüsselt sieht die Kalkulation der Personalausgaben wie folgt aus:

2008	1.386.145.700
+ personelle Veränderungen	18.285.300
+ Sonderfinanzierung 2008/2009	44.193.800
- Konsolidierung 2009	-1.062.200
+ Veränderungen Beihilfe	3.541.600
+ Veränderungen Versorgung	14.383.300
Ansatz 2009	1.465.487.500

Der Reduzierung der Personalausgaben bei den aktiven Bezügen um ca. 1,1 Mio. Euro aufgrund der Konsolidierung steht eine Veranschlagung von zusätzlich 18,3 Mio. Euro gegenüber. Zusätzlich zu finanzieren sind beispielsweise 5,2 Mio. Euro im Bereich der Schulen und Kinderbetreuung, je 2,3 Mio. Euro bei den Sozialbürgerhäusern und der ARGE, 2,2 Mio. Euro im Bereich des Parkraummanagements „München-Sektor II“ sowie weitere 2,3 Mio. Euro wegen der Erhöhung der Ausbildungszahlen. Für die Sonderfinanzierung der Tarifsteigerung sind einstweilen 44,2 Mio. Euro veranschlagt.

Im Bereich Versorgung und Beihilfen erhöhen sich die Ansätze um 17,9 Mio. Euro.

Die Entwicklung der Personalausgabenansätze je Referat im Vergleich der Jahre 2008/2009 ist in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Personalausgaben Aktive 2008 und 2009

Ansatz 2008 (1. NHS)

Ansatz 2009

	Aktive Bezüge (490.0)	Beihilfe (490.2)	Versorgung (490.1)		Aktive Bezüge*6) (490.0)	Aktive Beihilfe *9) (490.0)	Versorgung (490.1) *7)	Beihilfe Versorgungs- empfänger*9) (490.1)		Differenz*8)	Veränderung aktive
				Summe					Summe	Aktive (490.0)	in %
Direktorium	35.092.800	1.837.600	5.643.600	42.574.000	37.065.200	885.900			37.951.100	1.972.400	5,62%
Revisionsamt	4.372.700	310.600	869.200	5.552.500	4.550.800	159.300			4.710.100	178.100	4,07%
Baureferat	129.049.100	2.124.900	19.382.800	150.556.800	134.331.500	762.200			135.093.700	5.282.400	4,09%
Referat für Gesundheit und Umwelt	38.194.000	856.500	4.109.600	43.160.100	40.292.400	414.400			40.706.800	2.098.400	5,49%
Kommunalreferat	23.509.200	1.430.400	8.958.400	33.898.000	24.710.900	619.200			25.330.100	1.201.700	5,11%
Kreisverwaltungsreferat *1)	120.184.100	11.056.000	31.414.100	162.654.200	127.593.500	5.426.700			133.020.200	7.409.400	6,17%
Kulturreferat	45.129.400	445.500	2.010.500	47.585.400	47.149.800	214.700			47.364.500	2.020.400	4,48%
Personal- u. Org.referat *2)	28.377.400	2.343.700	6.440.100	37.161.200	32.046.300	1.176.200			33.222.500	3.668.900	12,93%
Personal- u. Org.referat Zentrale Ansätze *3)	45.932.700	1.470.000	49.816.100	97.218.800	47.329.200	870.300	234.458.900	30.789.600	313.448.000	1.396.500	3,04%
Planungsreferat	31.634.100	1.488.100	4.165.900	37.288.100	32.801.900	700.500			33.502.400	1.167.800	3,69%
Schulreferat *4)	409.187.400	22.584.700	63.542.200	495.314.300	431.164.400	11.067.200			442.231.600	21.977.000	5,37%
Sozialreferat *5)	169.805.700	5.374.900	18.532.600	193.713.200	181.345.400	2.741.900	367.800	10.400	184.465.500	11.539.700	6,80%
Stadtkämmerei	23.202.000	1.586.400	4.552.800	29.341.200	24.288.200	793.100			25.081.300	1.086.200	4,68%
Referat f. Arbeit u. Wirtschaft	8.779.800	342.600	1.005.500	10.127.900	9.197.800	161.900			9.359.700	418.000	4,76%
Summe	1.112.450.400	53.251.900	220.443.400	1.386.145.700	1.173.867.300	25.993.500	234.826.700	30.800.000	1.465.487.500	61.416.900	5,52%

*1) 2.225.000 € Parkraummanagement - Verkehrsüberwachung

*2) 2.299.000 € Erhöhung der Ausbildungszahlen

*3) 1.000.000 € Anhebung Sozialfonds

*4) 5,2 Mio € überwiegend wegen G8 Einführung und Ausweitung Ganztagesangebote an städt. Gymnasien sowie für Kindertagesstätten - neue Kooperationseinrichtungen

*5) 4,7 Mio € überwiegend wegen Ausweitung der Bezirkssozialarbeit, für Früherkennung und frühe Hilfen bei psychosozial belasteten Familien und für Arbeitsvermittler bei der ARGE,

*6) 2009 erfolgt keine Unterscheidung mehr in pauschal bzw. gesondert bewertete Bereiche

Wegen der Vergleichbarkeit mit den Ansätzen 2008 wurde die Zuführung zur Altersteilzeitrücklage nochmals in die Ansätze der Gruppierung 490.0 für 2009 einbezogen..

*7) Ab 2009 sind die Versorgungsausgaben (Versorgungsbezüge und Beihilfe Versorgungsempfänger) aller Referate mit Ausnahme der Stiftungen den Zentralen Ansätzen des POR zugeordnet

Versorgungsausgaben bei Stiftungen betreffen nach der Kalkulation für 2009 im Bereich des Gemeindehaushalts ausschließlich Heime (Münchner Kindheim und Hänssel- und Gretlheim) beim Sozialreferat.

*8) Die Referatsbudgets für aktive Bezüge enthalten insgesamt 44.193.800 € mehr als Abschlag auf die Sonderfinanzierung der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2008 und 2009

*9) 2009 wird die Beihilfe für aktive Beschäftigte der Gruppierung 490.0, die Beihilfe für Versorgungsempfänger der Gruppierung 490.1 zugeordnet.

2. Aktive Bezüge

Die aktiven Bezüge für sich genommen, d. h. ohne Versorgung und Beihilfen, ergeben zum Beginn der Fachausschussberatungen rund 1.173,9 Mio. Euro. Gegenüber dem Stand 2008 (1. NHS) mit ca. 1.112,5 Mio. Euro sind dies 61,4 Mio. Euro oder 5,52 % mehr.

3. Versorgung und Beihilfe

Die Ansätze für die Versorgungsbezüge 2009 erhöhen sich wiederum leicht gegenüber dem Vorjahr. Die Spareffekte der Reformgesetze wirken in erster Linie bei neuen Ruhestandsfällen. Aufgrund der Altersstruktur der Beschäftigten erhöht sich allerdings der Bestand an Beamtenversorgungsempfängern gegenüber den Vorjahren weiterhin durch verstärkte Zugänge. Die Altersteilzeit verlagert nach wie vor eine große Zahl von Ruhestandsversetzungen zur gesetzlichen Altersgrenze (65), so dass künftig vergleichsweise höhere Zahlungen (ohne Abschlag) zu leisten sind. Bereinigt um die Anpassungsfaktoren nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001 wurde für 2009 eine lineare Erhöhung von 1,5 % kalkuliert. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich evtl. Besoldungsanpassungen für 2009 in diesem Rahmen bewegen.

Die Aufwendungen für Versorgungsbezüge werden mit rund 234,8 Mio. Euro veranschlagt (Vorjahr 220,9 Mio. Euro).

Die Kalkulation für die Beihilfe geht von einer Veränderung in Höhe von ca. + 3,5 Mio. Euro oder + 6,65 % aus, die sich primär aus erwartenden Preissteigerungen ergibt. Daraus errechnet sich ein Ausgabenansatz in Höhe von ca. 56,8 Mio. Euro (Vorjahr 53,3 Mio. Euro).

Die Ansätze für Versorgung und Beihilfen erhöhen sich somit insgesamt um 17,9 Mio. Euro oder 6,55 %.

4. Personalwirtschaftliche Rückstellungen

Der Haushalt 2009 wird erstmals als produktorientierter, doppischer Haushalt aufgestellt. Gemäß den Grundsätzen der Doppik wird zusätzlich zu den kalkulierten Ausgaben für die Versorgungszahlungen der pensionierten Beamten und Arbeiter mit Eigenversorgungsanspruch auch der komplette zu erwartende künftige Versorgungsaufwand in Gestalt der Pensions- und Beihilferückstellungen dargestellt.

Vereinfacht ausgedrückt wird bei den Pensions- und Beihilferückstellungen mittels finanzmathematischer Berechnung für jeden pensionsberechtigten aktiven Beschäftigten und für die bereits vorhandenen Versorgungsempfänger der Betrag errechnet, der abgezinst aktuell zurückgestellt werden muss, um die zu erwartenden Versorgungslasten finanzieren zu können. Die Pensions- und Beihilferückstellungen werden zum Ende jeden Jahres neu berechnet. Daraus ergibt sich, in welcher Höhe Zuführungen (Aufwand) oder Auflösungen (Ertrag) erforderlich sind.

In die vorläufige Eröffnungsbilanz 2007 wurden Pensionsrückstellungen in Höhe von 3.283,9 Mio. Euro und Beihilferückstellungen von 471,1 Mio. Euro eingestellt.

Zum Jahresende 2007 errechneten sich für die Pensionsrückstellungen Bestandsveränderungen von 88,5 Mio. Euro und für die Beihilferückstellungen Bestandsveränderungen von 16,1 Mio. Euro.

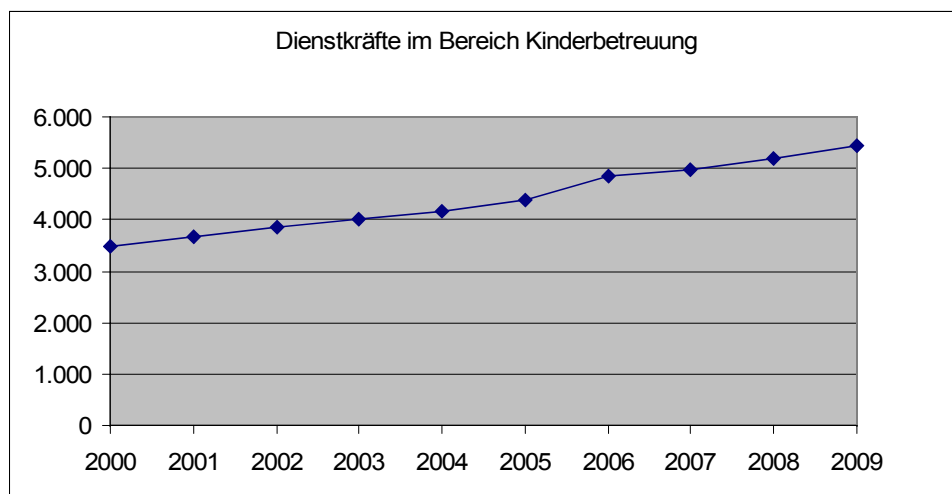
Für 2009 wurden die Bestandsveränderungen mit 95,3 Mio. Euro bzw. 16,7 Mio. Euro kalkuliert. Die Pensions- und Beihilferückstellungen werden damit weiter ansteigen.

Nachdem auch die Altersteilzeit einen kaufmännischen Rückstellungsbedarf auslöst, sind hier ca. 14,4 Mio. Euro zusätzlich vorgegeben.

5. „Investitionsschutz“ im Bereich Kinderbetreuung

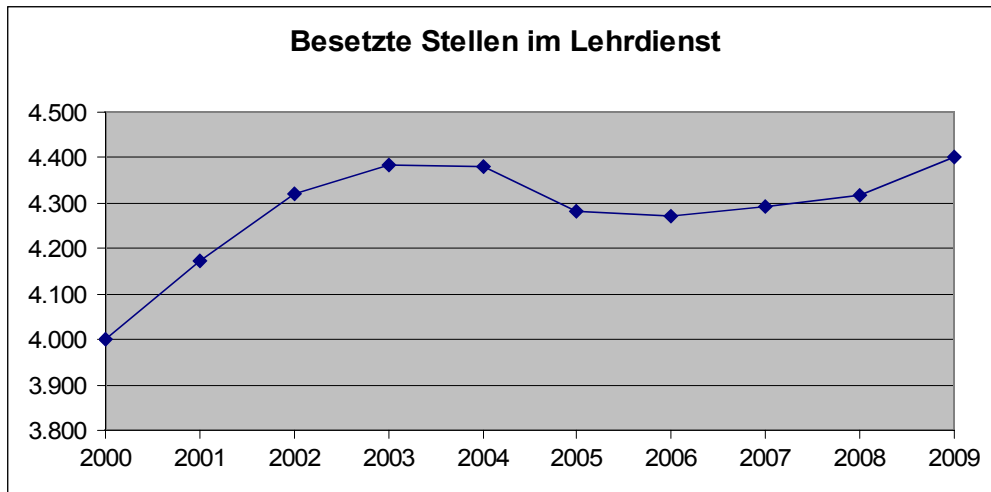
Bei den Kindertagesstätten, Kooperationseinrichtungen, Tagesheimen und Kinderkrippen greift das Kriterium des „Investitionsschutzes“. Für die Kinderbetreuung wird wieder ein Betrag in Höhe von knapp 1,7 Mio. Euro zusätzlich bereit gestellt. Hierbei handelt es sich nur um Mehrungen, die bereits veranschlagungsfähig waren (vor- oder fremdbestimmt). In diesem Bereich sind umfangreiche Veränderungen von den Fachreferaten geplant, die sich im Vollzug des Haushalts 2009 auswirken werden. Insgesamt sind 177,1 Mio. Euro für die Kinderbetreuung außerhalb der Schulen veranschlagt.

Bedingt durch die Umsetzung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) gibt es hier weiter überproportionale Zuwächse. Für 2009 wird ein Personalbedarf im Erziehungsdienst von 5.434 Dienstkräften prognostiziert (Stand 2008: 5.184).



6. Entwicklung im Lehrdienst

Die Entwicklung im Lehrdienst ist weiterhin durch die Auswirkungen von Begrenzungssatzungen für städtische Schulen als Folge der Haushaltskonsolidierung gekennzeichnet. Der aus dem Schüleranstieg der vergangenen Jahre resultierende Anstieg der Stellenzahlen konnte 2004 gestoppt und 2005 die Anzahl der Stellen verringert werden. Für 2009 wird, wie in den beiden Vorjahren, ein geringer Anstieg von 4.317 auf 4.400 Stellen erfolgen. Dieser Anstieg basiert insbesondere auf der weiteren Umsetzung der Pflichtaufgaben des G 8-Beschlusses, dem Münchner Weg im Rahmen der G 8-Einführung sowie der Fortführung des Ganztagsangebotes an den städtischen Realschulen in den Jahrgangsstufen 7 bis 9 (rhythmisierte Ganztagschule). Hinzu kommt auch der konjunkturbedingte Anstieg der Zahl der Schülerinnen und Schüler im Bereich der beruflichen Schulen.



IV.

Ausblick

Während der Tarifabschluss 2008 für die Jahre 2008 (Sockelbetrag i.H.v. 50 Euro plus lineare Erhöhung um 3,1 %) und 2009 mit weiteren 2,8 % und einer Einmalzahlung i.H.v. 225 Euro Planungssicherheit für die Stadt gebracht hat und die Teuerung für das Jahr 2009 damit weitgehend bekannt ist, ist für die Beamtinnen und Beamten eine Besoldungserhöhung in 2009 noch ungewiss. Waren wir bisher gewohnt, dass der Tarifabschluss - wenn auch meist mit zeitlicher Verzögerung - für die Besoldung übernommen wurde, ist seit der Föderalismusreform und dem Übergang der Gesetzgebungskompetenz im Besoldungs-, Laufbahn- und Versorgungsrecht auf den Freistaat Bayern ein Gleichklang bei der Bezahlung nicht mehr gegeben.

Der Bundesgesetzgeber hat für seine Bundesbeamtinnen und -beamten bereits eine Erhöhung der Besoldung für die Jahre 2008 und 2009 durch eine komplette Übernahme des Ergebnisses der Tarifrunde beschlossen. Für den Freistaat Bayern, zuständig für die Besoldung der bayerischen Beamten und damit auch für die Beamtinnen und Beamten der Stadt München, ist dieses Gesetz zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung ohne Bedeutung. Eine Anpassung der Besoldung ausschließlich für die kommunalen Beamtinnen und Beamten ist nach der derzeitigen Rechtslage nicht möglich. Im Länderbereich stehen Tarifverhandlungen zu Beginn des Jahres 2009 an, die Anpassung der Besoldung wird sich an diesem Tarifabschluss orientieren.

Die vorgesehene Sonderfinanzierung bezieht sich auch auf etwaige Besoldungserhöhungen im Jahr 2009. Der Personalkostenansatz insgesamt wird sich um den entsprechenden Betrag erhöhen.

Risiken für den Personalhaushalt können sich aus den anstehenden Verhandlungen im Rahmen der neuen Entgeltordnung für den Erziehungs- und Sozialdienst ergeben. Die Tarifvertragsparteien haben sich in der Tarifrunde 2008 darauf verständigt, entsprechende Regelungen noch vor der nächsten Tarifrunde im Jahr 2010 zu treffen. Betrachtet man die aktuellen gewerkschaftlichen Festlegungen (Eingangsbewertung in der Entgeltgruppe E 9 gegenüber E 6 bzw. E 10 statt bisher E 9) würde dies zu Mehrkosten von rund 9,7 Mio. Euro jährlich führen. Dies entspräche einem Mehraufwand bei den Erzieher/Innen von 9,68 % und bei den Sozialpädagogen von 3,11 %.

Zu guter Letzt möchte ich mich wie immer bei den Mitgliedern des ehrenamtlichen Stadtrates, den berufsmäßigen Stadträtinnen und Stadträten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern meines Referates, den Geschäfts- und Personalstellen der Referate, der Stadtkämmerei, der Personalvertretung und der Gleichstellungsstelle für die gute Zusammenarbeit bedanken.



Christian Amlong
Korreferent
des Personal- und
Organisationsreferates

zur Vollversammlung des Stadtrates am 08.10.2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

von Personalabbau keine Spur. Entgegen den Trends in der freien Wirtschaft hat die Landeshauptstadt ihren Personalstand im letzten Jahr um beinahe 700 Personen erhöht. Knapp über 30.000 Beschäftigte arbeiten nun Tag für Tag mit hohem Engagement im Dienste der Menschen dieser Stadt.

Der Personalaufbau ist eindeutige Konsequenz neuer Aufgaben und Leistungen – und resultiert auch aus dem klaren Bekenntnis des Stadtrates in den Bereichen Erziehung, Bildung und Ausbildung. Doch nur der Blick auf steigende Beschäftigungszahlen gibt kein zutreffendes Bild vom Innenleben der Stadtverwaltung. Was wir nämlich nicht vergessen dürfen: In den meisten Abteilungen der Stadt wächst die Arbeit, ohne dass sich die Stellen mehren, manchmal wird sogar trotz hoher Arbeitsdichte Personal eingespart.

Mit Veränderungen sind wir seit einiger Zeit im dienstlichen Beurteilungswesen befasst. Dienstliche Beurteilungen geben heute im Großen und Ganzen ein zutreffenderes Bild als in früheren Jahren. Besonders wichtig sind zwei Aspekte: Vergleichbarkeit und Gleichbehandlung. Für die Beurteilung darf es keine Rolle spielen, in welchem Referat oder in welcher Entgeltgruppe man sich befindet. Und hier sind wir einen großen Schritt vorangekommen.

Neuland haben wir im vergangenen Jahr mit der Einführung eines detaillierten Konzeptes zur **leistungsorientierten Bezahlung** beschritten. Umfangreiche Vorarbeiten und Abstimmungen mit der Personalvertretung gingen voraus. Ich weiß, dass das neue Instrument momentan überwiegend kritisch gesehen wird – dies belegt auch

eine aktuell durchgeführte Umfrage. Meines Erachtens ist es aber alternativlos. Die Tarifvertragsparteien haben sich bewusst entschieden, die leistungsorientierte Bezahlung einzuführen und Stück um Stück zu stärken. Es wäre ein falsches Signal, hier jetzt schon ganz am Anfang des Weges wieder anzuhalten. Eine leistungsorientierte Bezahlung ist ein Anerkennen von besonderen Leistungen und soll motivationsfördernd wirken. Damit nicht auch ein gegenteiliger Effekt eintritt, wird sich der Stadtrat mit den bisherigen Erfahrungen beschäftigen.

Oberster Grundsatz der städtischen Beschäftigungspolitik ist auch im künftigen Jahr die **Garantie eines sicheren Arbeitsplatzes** und der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen. Wir wollen unserem öffentlichen Auftrag auch mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachkommen.

Das Angebot an Kindertagesstätten, Kooperationseinrichtungen, Kinderkrippen und Tagesheimen haben wir in den zurück liegenden Jahren stark ausgebaut. Dies sehen Sie daran, dass heute etwa 2.000 Beschäftigte mehr im Erziehungsdienst arbeiten als vor zehn Jahren. Beinahe 5.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt werden es wohl im kommenden Jahr sein. Die Personalausgaben allein für diesen Bereich werden dann etwa 180 Mio. € pro Jahr betragen. Mit einem Maßnahmenbündel und einer Werbekampagne wollen wir sicherstellen, weitere Kolleginnen – und vermehrt auch Kollegen – zu gewinnen. Zusätzliche 4.300 Stellen im Lehrdienst belegen eindrucksvoll: München ist Stadt der **Bildung und Erziehung**.

Momentan diskutieren wir die Zusammenführung der gesamten Kinderbetreuung, die bisher durch das Schulreferat und das Sozialreferat wahrgenommen wird, in einer Organisationseinheit. Wir wollen damit die Verknüpfung zwischen Erziehung und Bildung verdeutlichen und eine einheitliche Struktur schaffen, die auch für die Eltern einheitlicher Partner in Bildungs- und Erziehungsfragen ist. Kontroverse Positionen im Stadtrat, in den Referaten und unter den Beschäftigten liegen auf dem Tisch. Dabei dürfen wir das eigentliche Ziel nicht aus den Augen verlieren. Die auch organisatorische Verknüpfung bisher getrennter Bereiche ist wichtiger als die Frage, wo diese organisatorische Verknüpfung stattfindet. Hierbei handelt es sich um einen Konflikt, den wir Eltern kaum vermitteln können, denen es verständlicherweise um

die Qualität der Betreuung und nicht um die Zuordnungsfrage geht. Und dass alle Kolleginnen und Kollegen gut qualifiziert sind, stellt niemand in Abrede.

Den immer noch steigenden Anforderungen an eine leistungsfähige Stadtverwaltung begegnen wir durch das umfangreiche **Qualifizierungs- und Fortbildungsprogramm**. Das Fortbildungsangebot wurde in den vergangenen Jahren weiter ausgebaut und durch Rückkopplung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer immer besser an deren Anforderungen angepasst. An jedem Arbeitstag finden zur Zeit etwa acht Fortbildungsveranstaltungen statt. Durch den verstärkten Einsatz von E-learning gehen wir weiterhin neue Wege. Vorrangiges Ziel bleibt es, mit dem ausgezeichneten Angebot auch wirklich alle Kolleginnen und Kollegen erreichen.

Mit großer Freude sehe ich, dass die **Schwerbehindertenquote** bei der Stadt München nunmehr im vierten Jahr in Folge um ein Fünftel höher ist als gesetzlich gefordert. Sie liegt bei über 6 %. Der städtische Sozialfonds, der durch finanzielle Entlastungen für die Referate Anreize schafft, leistungsgeminderte Dienstkräfte langfristig weiter zu beschäftigen bzw. in ihren Bereich aufzunehmen, wird mit dem heutigen Haushalt auf 4 Mio. € aufgestockt und ist damit binnen zwei Jahren verdoppelt worden.

Ein neuer Baustein der Referatsarbeit ist seit wenigen Jahren die **betriebliche Gesundheitsförderung**. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit aller zu erhalten und zu steigern, Belastungen zu identifizieren und zu reduzieren. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind so fitter für ihren täglichen Job. Neuer Schwerpunkt ist aber vor allem auch die Prävention und Früherkennung von Krankheiten, die ihre Ursache nicht am Arbeitsplatz haben. Starken Andrang finden die Maßnahmen zur Vorsorge vor Diabetes, Hautkrebs oder Darmkrebs.

Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Familie. Vor allem aus diesem Grund arbeiten 28% der Beschäftigten in **Teilzeit**. Jahr für Jahr steigt diese Quote langsam, aber kontinuierlich an. Die Stadt ermöglicht so, was auch heute leider immer noch nicht selbstverständlich ist: die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Teilzeit Arbeitende als wirklich gleichwertig anzuerkennen bleibt eine ständige Aufgabe, bei der vor allem unsere Führungskräfte gefordert sind.

Frauen in Führungspositionen - in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens ist das leider immer noch eher Ausnahme als Selbstverständlichkeit. Nicht so bei der Landeshauptstadt München. 46 % aller Führungskräfte sind Frauen. In den letzten Jahren haben wir diese Quote Jahr für Jahr um etwa einen Prozentpunkt gesteigert. Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wovon ich derzeit ausgehe, könnten wir noch in der Amtsperiode dieses Stadtrats ein echtes und Beispiel gebendes 50:50-Verhältnis erreichen.

Um unserer beschäftigungspolitischen und sozialen Verantwortung gerecht zu werden, haben wir uns seit langem zum Ziel gesetzt, jährlich 270 neue Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. In Zeiten schwachen Konjunktur haben wir uns damit erfolgreich positioniert, während viele Betrieben in schlechten Zeiten auch an der Ausbildung gespart haben und nun qualifizierte junge Kräfte vermissen. Inzwischen ist ein bemerkenswerter Wandel auf dem Münchner Ausbildungsmarkt zu beobachten: Die Konkurrenz der Azubis um die wenigen Plätze ist einer Konkurrenz der Arbeitgeber um die besten Auszubildenden gewichen. Die Stadt München kann hier - als sozialer und moderner Arbeitgeber vielfach ausgezeichnet – punkten. Im Kernbereich der Hoheitsverwaltung konnten dieses Jahr 280 neue **Ausbildungsplätze** besetzen, somit haben wir die uns selbst gesetzte freiwillige Ausbildungsverpflichtung überschritten. Unter Hinzurechnung unserer Tochtergesellschaften haben alleine dieses Jahr über 800 Nachwuchskräfte eine Ausbildung bei der Stadt begonnen: Wir sind der größte der größte Ausbilder Münchens und der größte kommunale Ausbilder bundesweit.

Die Münchnerinnen und Münchner leben gern in unserer Stadt. In allen Rankings der beliebtesten Städte liegt München mit an der Spitze. Logisch ist, dass solche Spitzenplätze nur errungen werden können, wenn auch eine hohe Zufriedenheit mit dem vorhandenen Angebot an städtischen Leistungen besteht. Deswegen gilt zum Schluss mein Dank neben den Personalvertretungen und der Gleichstellungsstelle allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die unter nicht einfacher werdenden Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit leisten.

Christian Amlong

Gesamtergebnishaushalt 2009

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2007)

in Mio. €

<u>Erträge</u>			<u>Aufwendungen</u>		
2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)	2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)
6.270	5.485 - 12,5 %	5.310 - 15,3 %	5.106	5.179 + 1,4 %	4.993 - 2,2 %
Sonstige Erträge 3.085	Sonstige Erträge 2.352	Sonstige Erträge 2.177	Direktorium 88	Direktorium 95	Direktorium 93
Ausgleichszahlung 54	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 57	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9	Revisionsamt 9
Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 100	Gr.Erw.St. 100	Baureferat 900	Baureferat 876	Baureferat 831
Grundsteuern 267	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Kommunalref. 138	Kommunalref. 136	Kommunalref. 133
Anteil a.d. Eink.St. 705	Anteil a.d. Eink.St. 805	Anteil a.d. Eink.St. 805	Kreisverw.ref. 251	Kreisverw.ref. 265	Kreisverw.ref. 266
Gewerbesteuer 1.909	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.770	Kulturreferat 205	Kulturreferat 211	Kulturreferat 204
Anteil a.d. Umsatzst. 120	Anteil a.d. Umsatzst. 127	Anteil a.d. Umsatzst. 127	POR (Referat) 58	POR (Referat) 62	POR (Referat) 63
			Ref.f.Arb.u.Wirt. 89	Ref.f.Arb.u.Wirt. 109	Ref.f.Arb.u.Wirt. 96
			Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 150	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 154	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 160
			Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 79	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 84	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 84
			Schul- u.Kultusref. 1.082	Schul- u.Kultusref. 1.148	Schul- u.Kultusref. 1.072
			Sozialreferat 1.104	Sozialreferat 1.093	Sozialreferat 1.047
			Stadtkämmerei 60	Stadtkämmerei 64	Stadtkämmerei 54
			Zentrale Ansätze KommR 85	Zentrale Ansätze KommR 91	Zentrale Ansätze KommR 71
			Zentrale Ansätze POR 69	Zentrale Ansätze POR 81	Zentrale Ansätze POR 74
			Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 3
			Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 701
			Zentr. Ausgleich ILV 32		Zentr. Ausgleich ILV 32
			Überschuss 1.164	Überschuss 306	Überschuss 317

*) Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2008

Anmerkung:
HJ 2009 Entwurf ist nicht konsolidiert

Gesamtfinanzhaushalt 2009

(Prozentzahl: Veränderungen ggü. 2007)

in Mio. €

laufende Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen			Auszahlungen		
2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)	2007*	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)
5.139	4.332 - 15,7 %	4.332 - 15,7 %	3.459	3.752 + 8,5 %	3.756 + 8,6 %
Sonstige Einnahmen 1.954	Sonstige Einnahmen 1.199	Sonstige Einnahmen 1.199	Direktorium 64	Direktorium 65	Direktorium 65
Ausgleichszahlung 54	Ausgleichszahlung 57	Ausgleichszahlung 57	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5	Revisionsamt 5
Gr.Erw.St. 130	Gr.Erw.St. 100	Gr.Erw.St. 100	Baureferat 297	Baureferat 297	Baureferat 300
Grundsteuern 267	Grundsteuern 274	Grundsteuern 274	Kommunalref. 40	Kommunalref. 40	Kommunalref. 40
Anteil a.d. Eink.St. 705	Anteil a.d. Eink.St. 805	Anteil a.d. Eink.St. 805	Kreisverw.ref. 167	Kreisverw.ref. 170	Kreisverw.ref. 170
Gewerbesteuer 1.909	Gewerbesteuer 1.770	Gewerbesteuer 1.770	Kulturreferat 150	Kulturreferat 150	Kulturreferat 148
Anteil a.d. Umsatzst. 120	Anteil a.d. Umsatzst. 127	Anteil a.d. Umsatzst. 127	POR (Referat) 46	POR (Referat) 46	POR (Referat) 46
			Ref.f.Arb.u.Wirt. 82	Ref.f.Arb.u.Wirt. 82	Ref.f.Arb.u.Wirt. 82
			Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 110	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 114	Ref. f. Gesundheit u. Umwelt 115
			Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 42	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 46	Ref.f. Stadtplan.u. Bauordn. 46
			Schul- u. Kultusref. 648	Schul- u. Kultusref. 705	Schul- u. Kultusref. 711
			Sozialreferat 965	Sozialreferat 955	Sozialreferat 957
			Stadtkämmerei 25	Stadtkämmerei 28	Stadtkämmerei 29
			Zentrale Ansätze KommR 20	Zentrale Ansätze KommR 26	Zentrale Ansätze KommR 15
			Zentrale Ansätze POR 71	Zentrale Ansätze POR 326	Zentrale Ansätze POR 326
			Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0	Zentrale Ansätze PlanR 0
			Zentrale Ansätze StK 739	Zentrale Ansätze StK 701	Zentrale Ansätze StK 701
			Saldo lfd. Verw.tät. 1.680	Saldo lfd. Verw.tät. 580	Saldo lfd. Verw.tät. 576

Investitionstätigkeit / Finanzierungsmittelbedarf

Einzahlungen			Auszahlungen		
2007**	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)	2007**	2009 Eckdatenb.	2009 Entwurf (ohne Stift.)
1.945	950 - 51,2 %	895 - 54,0 %	1.945	954 - 50,9 %	741 - 61,9 %
Saldo lfd. Verw.tät. 1.680	Saldo lfd. Verw.tät. 580	Saldo lfd. Verw.tät. 576	nachrichtl.: Zuführung zur Allg. Rücklage, insbes.f. Großinvest. u. Zunkunftsverpflichtungen 657	Tilgung Inn. Darl. 250 0	Tilgung Inn. Darl. 250 0
Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Kredite Inn. Darl. 0	Investitionen 858	Investitionen 704	Investitionen 491
Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 137	Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 158	Zuweisungen, Beitr. Zuschüsse 96			
Veräußerung von Sachverm. 128	Veräußerung von Sachverm. 212	Veräußerung von Sachverm. 223			

Nachrichtlich: Saldo aus Investitionstätigkeit:

2007: - 593 Mio. €

2009 (Eckdatenbeschluss): - 334 Mio. €

2009 (Stand September 2008): - 172 Mio. €

Finanzierungsmittelbestand - 4 ***

Finanzierungsmittelbestand + 154 ***

*) Ist-Zahlen Stichtag 01.03.2008

**) Werte auf Basis des 2. NHPL 2007 ermittelt

***) Der Finanzhaushalt stellt eine reine Geldflussrechnung dar, was bedeutet, dass nur die tatsächlichen Einzahlungen und Auszahlungen betrachtet werden. Er zeigt die Entwicklung des Finanzmittelbestandes zum Ende der Planungsperiode gegenüber dem Anfangsbestand und weist dazu am Ende immer einen Saldo zwischen Einzahlungen und Auszahlungen (Finanzierungsmittelbestand) aus. Damit diese Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes auch sichtbar wird, erfolgt anders als im kameralen Haushalt keine Zuführung eines Überschusses an eine Rücklage bzw. kein Ausgleich eines Defizits durch eine Rücklage.